

# Volkswacht

für Schlesien

Organ für die werftätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3144  
Postfach-Konto: Postfachamt Breslau Nr. 5552

Anzeigenpreis: Je Zeile für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 10 Millionen, aus dem Ausland 15 Millionen, Anzeigen aus dem Ausland 20 Millionen, Etappenanzeigen 5 Millionen, Familienanzeigen, Stellenangebote, Verträge, Vermittlungs- u. Wohnungsanzeigen 4 Millionen. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Millionen, das selbe Wort 3 Millionen. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Hauptstraße Nr. 5, durch die Zweigstelle, Hauptstraße 140, sowie durch alle Ausläufer zu beziehen. Postpreis freibleibend! Für die Woche vom 15. bis 20. Oktober 146 Millionen Mt.

## Einseitige Verständigung unmöglich!

### Die Reichsregierung zieht die Konsequenz aus Poincarés Politik.

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ schreibt: Der Reichskanzler hat die deutschen Vertreter in dem europäischen Völkern und in Washington für heute mit einem wichtigen diplomatischen Schritt beauftragt, der mit den letzten deutsch-französischen Verhandlungen und ihrem ergebnislosem Verlauf in engem Zusammenhang steht. Dr. Stresemann dürfte im Laufe des heutigen Tages noch Gelegenheit nehmen, vor einem kleineren Kreis diesen Schritt und die Außenpolitik des Reiches für die kommenden Wochen zu begründen. Nicht zuletzt hat das französische Ansinnen der Erweiterung der Regie im besetzten Gebiet zu dem diplomatischen Auftrag des Reichskanzlers an die diplomatischen Vertreter im Ausland beigetragen. Die französische Regierung machte dem Reichskanzler vor wenigen Tagen über die Einrichtung der Regie nähere Mitteilungen und forderte die Annahme dieser Pläne ohne jede Diskussion. Dieses Vorgehen hat das Reichskanzleramt abgelehnt. Herr Poincaré hat daraufhin wissen lassen, daß für ihn die Verhandlungen mit Deutschland nunmehr erledigt seien.

Die Reichsregierung zieht nur die Konsequenzen aus der Haltung Poincarés. Dieser verlangt Bezahlung der Reparationsleistungen des Ruhrgebietes aus den Mitteln des unbesetzten Gebietes und gleichzeitige Sanierung der deutschen Finanzen — eine vollkommene Unmöglichkeit! Die Behandlung der vorliegenden belgischen Forderung mit Deutschland ausgearbeiteten Reparationsvorschlagen läßt er in einer Unterkommission der Reparationskommission begraben. Der englische Vertreter nimmt dem zu oder widersteht sich wenigstens nicht. Die Reichsregierung würde nur nutzlos den Reiz unserer Wirtschaftskraft aufs Spiel setzen, wenn sie nach den übereinstimmenden Wünschen von Stinnes und Poincaré jetzt die Finanzierung der laufenden Reparationsleistungen übernehmen würde, ehe unsere Finanzen in Ordnung gebracht werden könnten und während die Wirtschaftsmassnahmen der Franzosen im Ruhrgebiet noch verschärft werden. Im „Temps“ lesen wir in der letzten Woche fast täglich, daß eine Verweigerung dieser Wünsche Abkehr von der Erfüllungspolitik wäre. In Wirklichkeit wäre die Erfüllung dieser Wünsche die Zerstörung der Grundlagen aller wirtschaftlichen Leistungen Deutschlands auf längere Sicht, auch der Reparationsleistungen.

Ob die neuen diplomatischen Schritte der Reichsregierung aussichtsreich sind, liegt ganz im Dunkeln. Aber sie sind die einzig noch möglichen. Würde inzwischen die Finanzsanierung im Innern und die Durchsetzung der Reichsautorität auch gegenüber den Sonderinteressen in Bayern und in Westdeutschland durchgeführt werden, so wäre wohl auch diese schlimmste Krise mit ihren furchtbaren Erschütterungen unserer Wirtschaft noch zu überwinden. Denn eine Verschärfung der französischen Maßnahmen ohne völligen Verzicht auf Reparationsansprüche ist ja kaum mehr denkbar und wenn die jegliche Politik der Reichsregierung für Frankreich wirtschaftlich erfolglos bleibt, kann jede Aenderung des Kurzes beinahe ausschließlich noch Erleichterungen bringen.

### Das Begräbnis aller Vorschläge in der Reparationskommission.

Nach einer amtlichen belgischen Meldung ist es Sache der Reparationskommission, die Finanzen der deutschen Regierung aus den belgischen technischen Studien zu prüfen. Die belgische Regierung gedenkt nicht, darüber mit Berlin in eine Sonderkonferenz einzutreten. (Der Vorsitzende der Reparationskommission, der über die Art ihres geschäftlichen Vorgehens entscheidet, ist der Franzose Barthou. Red.) Der diplomatische Berichterstatter des Londoner „Daily Telegraph“ erklärt, die belgische Entscheidung über die Aufnahme, die den belgischen technischen Vorschlägen durch die Reparationskommission bereit wurde, sei ein, da ihre Verweigerung die finanzielle Abweisung der Reparationskommission gleichbedeutend sei mit der Verweigerung ihrer wirtschaftlichen Erwägung für einen absehbaren Zeitraum. Eine bessere Behandlung der belgischen Vorschläge in England würde nach Ansicht des Berichterstatters eine tragbare Wirtschaft hervorgerufen haben, wie auch immer die Haltung der überhörschuldeten Regierungen gemein wäre. Die belgische Entscheidung ist natürlich verurteilt worden durch zwei neuerliche Entwürfe. Der Vertrag zwischen England und Japan, die halbtägige allgermanische Erklärung zu überlegen, sei wie jetzt ersichtlich ist, um so zeitgemäß. Die belgische Entscheidung ist im Sinne des

neuen Stillstandes, dem Frankreich und Belgien in der Frage der östlichen Vereinbarungen mit den deutschen Industriellen und anderen privaten Parteien im Ruhrgebiet und im besetzten Rheinland gegenüberstehen. Außerdem sei im Verlaufe der letzten Unterredungen zwischen dem Reichskanzler und dem belgischen Gesandten in Berlin ebenso wie zwischen Japan und dem deutschen Geschäftsträger in Brüssel durchgedrungen, daß die bevorstehenden deutschen Reparationsvorschlagen sehr eng an die belgischen herankommen würden, und zwar noch mehr, als das Angebot des Reichskanzlers Cuno vom Juni. Insbesondere hätten die deutschen Sachverständigen ihre Schätzungen vom Juni über die wahrscheinlichen Ergebnisse der deutschen Eisenbahn und Staatsmonopole in einem für die belgische Schätzung günstigen Sinne abgeändert. Die Belgier erklärten, daß sich hier endlich die Gelegenheit geboten habe, die Großbritannien die ganze Zeit gesucht habe, nach einer alliierten Regelung mit Deutschland durch gegenseitige Vereinbarung. Sie konnten nicht verstehen, weshalb eine solche Regelung verpaßt oder unterdrückt gelassen wurde.

### Die Politik Englands.

Die Arbeiterpartei für diplomatische Aktivität zu Gunsten Deutschlands. — Die City für Zurückhaltung und neue militärische Rüstungen. — Die englischen Rheinlandskommissare für Beteiligung am Ruhrgeschäft.

Der englische Arbeiterführer, Genosse Arthur Henderson, erklärte in einer Rede in Newcastle, was im Augenblick notwendig sei, sei eine unabweisende Erklärung über die zukünftige britische Politik. Nachdem die deutsche Regierung den passiven Widerstand aufgegeben habe, müßten volle sofortige Verhandlungen zwischen den alliierten und der deutschen Regierung stattfinden, um die prompte Wiederherstellung des wirtschaftlichen Lebens des Ruhrgebietes unter Verwaltung des Deutschen Reiches zu bringen. Ruhrgebiet und Rheinland seien deutsch. Die britische Regierung müßte erklären, daß sie ebensoviele wie die deutsche Regierung einer Veräußerung dieses Gebietes oder seiner wirtschaftlichen Organisationen zustimmen werde. Wenn es die Politik der britischen Regierung sei, diplomatisch untätig zu bleiben und in Köln britische Truppen zur Einschüchterung der Hungeropfer der französischen Politik zu verwenden, dann sei es für die Würde Englands besser, so bald wie möglich die britischen Truppen zurückzuziehen und die Reparationsbestimmungen des Friedensvertrages nicht mehr anzuerkennen.

Der frühere Schatzkanzler und Großbankier Sir Robert Sornes trat in einer Rede in Hillhead (Glasgow) für nachdrückliche Unterstützung der jetzigen britischen Regierung ein, erklärte aber, er fürchte, es sei ein großer Teil Wahrheit in der Bemerkung Asquiths, daß es fast scheine, als ob Großbritannien aufgehört habe, unter die Großmächte der Welt zu zählen. Jedoch werde jede Nation, die zu glauben beginne, daß sich Großbritannien mit dem zweiten Platz im Rate der Welt begnügen werde, gut tun, sich daran zu erinnern, daß Großbritannien ein Stolz inne wohne, der dies niemals dulden würde. Was heute in Europa vorgehe, sehe vollkommen im Gegensatz zu der Politik Englands und verurliche dem britischen Handel vitalen Schaden. Es sei in Amerika zum Ausdruck gebracht worden, daß dies der Grund dafür sei, daß Großbritannien im militärischen Sinne jetzt sehr schwach sei, das sei wahr. Großbritannien habe den Völkerbund unterstellt und sein Heer herabgesetzt, bis es tatsächlich nicht mehr sei, als eine Polizeitruppe für das britische Reich. England habe der Verminderung seiner Flotte auf Grund der Bestimmungen des Washingtoner Abkommens zugestimmt und habe keine Luftstreitkräfte auf das Mindestmaß herabgesetzt. Wie ermittelte sei man dagegen heute! Die anderen Nationen seien dem britischen Beispiel nicht gefolgt. Sie hätten weniger an ihre Verpflichtungen gedacht als England. Heute finde man ein Europa, in dem die Gewalt weiterhin das Mittel der starken Mächte bilde. Sornes erklärte: Wir werden umkehren und wieder die Möglichkeit erwägen müssen, ein stehendes Heer zu schaffen, das für unsere Bedürfnisse genügt. Wir müssen den Taktischen gegenüberstehen. Wir können nicht zulassen, daß wir in die Lage kommen, wo Großbritannien als nicht beachtenswert angesehen wird. Wir haben die Welt nicht wissen lassen, daß dies eine Stellung ist, die wir niemals annehmen werden und daher bin ich sehr froh, zu sehen, daß der Staatssekretär für das Luftfahrtwesen ein Programm für den Bau von Flugzeugen verfaßt, das die augenblicklichen Luftstreitkräfte beträchtlich vermehren wird. Wir geht das Programm des Luftfahrtsekretärs nicht weit genug.

Der Sonderberichterstatter des „Manchester Guardian“ in Düsseldorf schreibt: Die Hauptmitglieder der britischen Sektion der Interalliierten Rheinlandskommission seien nach London gefahren, um, wie angenommen werde, die künftige Entwicklung mit dem britischen Auswärtigen Amt zu erörtern. Es wäre angenommen worden, daß gewisse Mitglieder der Kommission stark die Ansicht vertreten, daß Großbritannien sich mit den Franzosen an die Ausbeutung des Ruhrgebietes machen sollte. In einem Leitartikel schreibt das Blatt dazu: Es sei schwer zu glauben, daß die britischen Vertreter in der Kommission der Regierung einen solchen Rat geben würden, und es sei unmöglich zu glauben, daß er befolgt werde. England sei nicht verpflichtet, daß die Finger bei dem zwischen Frankreich und Belgien bestehenden Vertrag zu verwehren. Poincaré brauche keine Hilfe von England zu erwarten, bis er zeige, daß er etwas anderes wolle als die wirtschaftliche Zerkleinerung des Ruhrgebietes und die politische Unterwerfung dieses Gebietes unter Frankreich.

### Bayern in offener Rebellion!

Die bayerische Regierung hat die Abberufung Lössows mit der Forderung auf Rücktritt des Reichswehrministers Gessler beantwortet.

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ schreibt: Der Kommandeur des Wehrkreiskommandos VII, General von Lössow, dürfte im Laufe des heutigen Tages vom Reichswehrminister endgültig abberufen werden. Dieser Entschluß der militärischen Reichsinstanzen hat eine Vorgeschichte, die vielleicht in Anbetracht unserer Gesamtlage verständlich erscheint, immerhin aber wenig ruhmreich ist für die Reichsregierung und Reichswehr. Einem Reichswehrgeneral, der mit einer sozialistischen Regierung gegen das Reich sympathisiert hätte, wäre sicherlich nicht die Gnade zuteil geworden, die Herr Dr. Stresemann und der Reichswehrminister dem Kommandeur des Wehrkreises VII wochenlang haben zukommen lassen. Bekanntlich wurde vor wenigen Wochen der Chef der Heeresleitung, General von Seeckt, von dem „Völkischen Beobachter“ in einer ganz gemeinen Art beschimpft. Der Reichswehrminister gab nach anfänglichem Zögern auf Grund der Herabsetzung des Generals Seeckt den Befehl nach München, den „Völkischen Beobachter“ zu verbieten. Er wiederholte das Verbot und ergänzte es mit dem Befehl, gegebenenfalls mit Waffengewalt das Erscheinen des Führersorgans zu verhindern, als der „Völkische Beobachter“ trotz der Anordnung an den General Lössow weiter erschien. Dieser General lehnte die Durchführung der Anordnung seiner vorgesetzten Dienstbehörde ab, weil er einen Konflikt mit Herrn von Kahr vermeiden wollte und erklärte gleichzeitig auf telegraphischem Wege, daß er auch in Zukunft weitere Befehle des Reichswehrministeriums in ähnlichem Sinne behandeln werde. Wir sind gewiß, daß General Müller in Dresden ohne weiteres den Abschied erhalten hätte, wenn er aus dem gleichen Grunde wie Lössow die ihm von Berlin gegebenen Befehle abgelehnt haben würde. Indessen schien für den Kommandeur des Wehrkreiskommandos VII in München mehr Zurückhaltung in der Behandlung am Platze. Statt sofort zu handeln, hat das Reichswehrministerium im Fall Lössow wochenlang friedliche Mittel bemüht, um den „meuternden General“, als den ihn Herr Seeckt einmal bezeichnet hat, zum Abgang zu bewegen. Brieflich hat man den Münchener Wehrkreis-Kommandeur wissen lassen, daß der Chef der Heeresleitung kein Vertrauen mehr zu ihm habe und deshalb seinen Abgang erwarte. Was kümmerte das Herrn von Lössow? Er beantwortete diesen Brief erst gar nicht, sondern übergab ihn dem bayerischen Ministerpräsidenten, der dann in Berlin auf indirektem Wege Fürsprecher des Generals Lössow wurde und seiner Auffassung dahin Ausdruck gab, daß Lössow Militärbefehlshaber in Bayern sei und auch über die ihm von Berlin gegebenen Befehle nach Gutdünken entscheiden könne. Wohlgerne, vom dem Ministerpräsidenten des „Ordnungsstaates“ wird diese Auffassung vertreten!

Aber auch das hat die sonst nicht allzu gemühtlichen Herren im Reichswehrministerium in ihrer Ruhe nicht gestört. Sie haben zwar inzwischen die „B. Z. am Mittag“ auf zwei Tage verboten, weil sie neben der Abhebung des Generals Lössow gleichzeitig auch die in Wirklichkeit nicht vollzogene Abberufung des in Dresden stationierten Generals Müller meldete, aber die Meuterei des Herrn Lössow scheint sie weniger empfindlich getroffen zu haben. Vielmehr hat Herr Minister Gessler noch ein weiteres getan, um diesen Rebellen zur Bekehrung zu bringen. Er ist am Mittwoch nach Augsburg gefahren und verhandelt dort wegen einer friedlichen Lösung des Konfliktes mit einem Mitarbeiter des Generals von Lössow, einem alten Offizier, dem General Arch von Kressenstein, mit Wissen des Rebellen. Beide vereinbarten, daß General von Lössow in Augsburg erscheinen sollte, um mit dem Reichswehrminister die Angelegenheit persönlich zu besprechen; von Kressenstein war der festen Überzeugung, daß Lössow dieser Verabredung nachkommen würde und reiste in dieser Auffassung nach München zurück. Angekommen, machte er seinem Vorgesetzten von der Unterredung mit dem Reichswehrminister Mitteilung. Der Lössow lehnte es jedoch ab, nach Augsburg zu reisen, noch dachte er überhaupt daran, sein Amt niederzulegen. Statt dessen reichte General von Kressenstein seinen Rücktritt ein, während der meuternde



# Volkswacht

für Schlesien

Organ für die wertfällige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141  
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 40 Millionen, ausw. 50 Millionen, ausw. 15 Millionen. Anzeigen mit Text 40 Millionen, ausw. 50 Millionen, ausw. 15 Millionen. Familienanzeigen, Stellenangebote, Verlobungs- u. Wohnungs-Anzeigen 4 Millionen. Kleine Anzeigen pro Wort 1 Million, das selbe Wort 3 Millionen. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis zum 11. Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition (Breslau) 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Bezugpreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Bismarckstr. 4/6, durch die Expedition der „Volkswacht“, Neue Graupenstr. Nr. 5, durch die Zweigstellen, Bismarckstr. 4/6, sowie durch alle Postämter zu beziehen. Preis pro Exemplar 15. Bis zum 20. Oktober 1923 140 Millionen Mk.

## Einseitige Verständigung unmöglich!

### Die Reichsregierung zieht die Konsequenz aus Poincarés Politik.

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ meldet: Der Reichskanzler hat die deutschen Vertreter in den europäischen Ländern und in Washington für heute mit einem wichtigen diplomatischen Schritt beauftragt, der mit den letzten deutsch-französischen Verhandlungen und ihrem ergebnislosem Verlauf in engem Zusammenhang steht. Dr. Stresemann dürfte im Laufe des heutigen Tages noch Gelegenheit nehmen, vor einem kleineren Kreis diesen Schritt und die Außenpolitik des Reiches für die kommenden Wochen zu begründen.

Nicht zuletzt hat das französische Anstreben der Erweiterung der Regie im besetzten Gebiet zu dem diplomatischen Auftrag des Reichskanzlers an die diplomatischen Vertreter im Ausland beigetragen. Die französische Regierung machte dem Reichskanzler vor wenigen Tagen über die Einrichtung der Regie nähere Mitteilungen und forderte die Annahme dieser Pläne ohne jede Diskussion. Dieses Diktat hat das Reichskanzleramt abgelehnt. Herr Poincaré hat daraufhin wissen lassen, daß für ihn die Verhandlungen mit Deutschland nunmehr erledigt seien.

Die Reichsregierung zieht nur die Konsequenzen aus der Haltung Poincarés. Dieser verlangt Bezahlung der Reparationsleistungen des Ruhrgebietes aus den Mitteln des unbefestigten Gebietes und gleichzeitige Sanierung der deutschen Finanzen — eine vollkommene Unmöglichkeit! Die Behandlung der vorliegenden belgischen in Fühlung mit Deutschland ausgearbeiteten Reparationsvorschläge läßt er in einer Unterkommission der Reparationskommission begraben. Der englische Vertreter stimmt dem zu oder widersetzt sich wenigstens nicht. Die Reichsregierung würde nur nutzlos den Rest unserer Wirtschaftskraft aufs Spiel setzen, wenn sie nach den übereinstimmenden Wünschen von Stinnes und Poincaré jetzt die Finanzierung der laufenden Reparationsleistungen übernehmen würde, ehe unsere Finanzen in Ordnung gebracht werden könnten und während die Wirtschaftsmassnahmen der Franzosen im Ruhrgebiet noch verschärft werden. Im „Temps“ lesen wir in der letzten Woche fast täglich, daß eine Verweigerung dieser Wünsche Ablehnung der Erfüllungspolitik wäre. In Wirklichkeit wäre die Erfüllung dieser Wünsche die Zerstörung der Grundlagen aller wirtschaftlichen Leistungen Deutschlands auf längere Sicht, auch der Reparationsleistungen.

### Das Begräbnis aller Vorschläge in der Reparationskommission.

Nach einer amtlichen belgischen Meldung ist es Sache der Reparationskommission, die Finanzen der deutschen Regierung aus den belgischen technischen Studien zu prüfen. Die belgische Regierung gedenkt nicht, darüber mit Berlin in eine gemeinsame Konferenz einzutreten. (Der Vorsitzende der Reparationskommission, der über die Art ihres geschäftlichen Vorgehens entscheidet, ist der Franzose Barthou, Red.) Der diplomatische Berater des Londoner „Daily Telegraph“ erklärt, die belgische Enttäuschung über die Aufnahme, die den belgischen technischen Vorschlägen durch die Reparationskommission bereitet wurde, sei akut, da ihre Verweisung an die finanzielle Abteilung der Reparationskommission gleichbedeutend sei mit der Verhinderung ihrer wirklichen Erwägung für einen unbekanntem Zeitraum. Eine bessere Behandlung der belgischen Vorschläge in England würde nach Ansicht des belgischen Beraters eine stabilere Wirkung hervorgerufen haben, wie auch immer die Haltung der übergen allierten Regierungen gewesen wäre. Die belgische Enttäuschung sei natürlich verheerend worden durch zwei neue Ereignisse. Der Vertrag Thennes und Tarpas, die baldige allgemeine Regelung zu fördern, sei, wie jetzt ersichtlich ist, um so zeitgemäßer gewesen im Sinne des

neuen Stillstandes, dem Frankreich und Belgien in der Frage der östlichen Vereinbarungen mit den deutschen Industriellen und anderen privaten Parteien im Ruhrgebiet und im besetzten Rheinlande gegenüberstehen. Außerdem sei im Verlaufe der letzten Unterredungen zwischen dem Reichskanzler und dem belgischen Gesandten in Berlin ebenso wie zwischen Tarpas und dem belgischen Geschäftsträger in Brüssel durchgedrungen, daß die bevorstehenden deutschen Reparationsvorschläge sehr eng an die belgischen herankommen würden, und zwar noch mehr, als das Angebot des Reichskanzlers vom Juni. Insbesondere hätten die deutschen Sachverständigen ihre Schätzungen vom Juni über die wahrscheinlichen Ergebnisse der belgischen Eisenbahn und Staatsmonopole in einem für die belgische Schätzung günstigen Sinne abgeändert. Die Belgier erklärten, daß sich hier endlich die Gelegenheit geboten habe, die Großbritannien die ganze Zeit gesucht habe, nach einer alliierten Regelung mit Deutschland durch gegenseitige Vereinbarung. Sie konnten nicht verstehen, weshalb eine solche Regelung verpaßt oder unberücksichtigt gelassen wurde.

### Die Politik Englands.

Die Arbeiterpartei für diplomatische Aktivität auf Gunsten Deutschlands. — Die City für Zurückhaltung und neue militärische Rüstungen. — Die englischen Rheinlandskommissare für Beteiligung am Ruhrgeschäft.

Der englische Arbeiterführer, Genosse Arthur Henderson, erklärte in einer Rede in Newcastle, was im Augenblick notwendig sei, sei eine unweibliche Erklärung über die zukünftige britische Politik. Nachdem die deutsche Regierung den passiven Widerstand aufgegeben habe, müßten volle sofortige Verhandlungen zwischen den alliierten und der deutschen Regierung stattfinden, um die prompte Wiederherstellung des wirtschaftlichen Lebens des Ruhrgebietes unter Verwaltung des Deutschen Reiches anzufangen. Die britische Regierung müsse erklären, daß sie ebenso wenig wie die deutsche Regierung einer Veräußerung dieses Gebietes oder seiner wirtschaftlichen Organisationen zustimmen werde. Wenn es die Politik der britischen Regierung sei, diplomatisch untätig zu bleiben und in Köln britische Truppen zur Einschüchterung der Hungeroper der französischen Politik zu verwenden, dann sei es für die Würde Englands besser, so bald wie möglich die britischen Truppen zurückzuziehen und die Reparationsbestimmungen des Friedensvertrages nicht mehr anzuerkennen.

Der frühere Schatzkanzler und Großbankier Sir Robert Sornes trat in einer Rede in Hillhead (Glasgow) für nachdrückliche Unterstützung der jetzigen britischen Regierung ein, erklärte aber, er fürchte, es sei ein großer Teil Wahrheit in der Bemerkung Asquiths, daß es fast schade, als ob Großbritannien aufgehört habe, unter die Großmächte der Welt zu zählen. Jedoch werde jede Nation, die zu glauben beginne, daß sich Großbritannien mit dem zweiten Platz im Rate der Welt begnügen werde, gut tun, sich daran zu erinnern, daß Großbritannien ein stolzes Volk sei, das dies niemals dulden würde. Was heute in Europa vorgehe, sehe vollkommen im Gegensatz zu der Politik Englands und verurteile dem britischen Handel vitalen Schaden. Es sei in Amerika zum Ausdruck gebracht worden, daß dies der Grund dafür sei, daß Großbritannien in militärischen Sinne jetzt sehr geschwächt sei, das sei wahr. Großbritannien habe den Völkerbund unterstützt und sein Heer herabgelassen, bis es tatsächlich nicht mehr sei, als eine Polizeitruppe für das britische Reich. England habe der Verminderung seiner Flotte auf Grund der Bestimmungen des Washingtoner Abkommens zugestimmt und habe keine Luftstreitkräfte auf das Mindestmaß herabgesetzt. Wie ernüchtert sei man dagegen heute! Andere Nationen seien dem britischen Beispiel nicht gefolgt. Sie hätten weniger an ihre Versprechungen gedacht als England. Heute finde man ein Europa, in dem die Gewalt weiterhin das Mittel der starken Mächte bilde. Sornes erklärte: Wir werden umfieren und wieder die Möglichkeit erwägen müssen, ein stehendes Heer zu schaffen, das für unsere Bedürfnisse genügt. Wir müssen den Taktchen gegenüber treten. Wir können nicht zulassen, daß wir in die Lage kommen, wo Großbritannien als nicht beachtenswert angesehen wird. Wir haben die Welt nicht wissen lassen, daß dies eine Stellung ist, die wir niemals annehmen werden und daher bin ich sehr froh, zu sehen, daß der Staatssekretär für das Luftfahrtwesen ein Programm für den Bau von Flugzeugen verübelt, das die augenblicklichen Luftstreitkräfte beträchtlich vermehren wird. Wir geht das Programm des Luftfahrtsekretärs nicht weit genug.

Der Sonderberichterstatter des „Manchester Guardian“ in Düsseldorf schreibt: Die Hauptmitglieder der britischen Sektion der Interalliierten Rheinlandskommission seien nach London gefahren, um, wie angenommen werde, die künftige Entwicklung mit dem britischen Auswärtigen Amt zu erörtern. Es wäre angenommen worden, daß gewisse Mitglieder der Kommission stark die Ansicht vertreten, daß Großbritannien sich mit den Franzosen an die Ausbeutung des Ruhrgebietes machen wollte. In einem Leitartikel schreibt das Blatt dazu: Es sei schwer zu glauben, daß die britischen Vertreter in der Kommission der Regierung einen solchen Rat geben würden, und es sei unmöglich zu glauben, daß er befolgt werde. England sei nicht verpflichtet, sich die Finger mit dem unbedingten Versuch zu verbrühen, Poincaré die Rationen aus dem Feuer zu holen. Poincaré brauche keine Hilfe von England zu erwarten, bis er zeige, daß er etwas anderes wolle als die wirtschaftliche Zerstörung des Ruhrgebietes und die politische Unterwerfung dieses Gebietes unter Frankreich.

### Bayern in offener Rebellion!

Die bayrische Regierung hat die Abberufung Lossows mit der Forderung auf Rücktritt des Reichswehrministers Geßler beantwortet.

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ schreibt: Der Kommandeur des Wehrkreiscommandos VII, General von Lossow, dürfte im Laufe des heutigen Tages vom Reichswehrminister endgültig abberufen werden. Dieser Entschluß der militärischen Reichsinstanzen hat eine Vorgeschichte, die vielleicht in Anbetracht unserer Gesamtlage verständlich erscheint, immerhin aber wenig ruhmreich ist für die Reichsregierung und Reichswehr. Einem Reichswehrgeneral, der mit einer sozialistischen Regierung gegen das Reich sympathisiert hätte, wäre sicherlich nicht die Gnade zuteil geworden, die Herr Dr. Stresemann und der Reichswehrminister dem Kommandeur des Wehrkreises VII wochenlang haben zukommen lassen. Bekanntlich wurde vor wenigen Wochen der Chef der Heeresleitung, General von Seeckt, von dem „Völkischen Beobachter“ in einer ganz gemeinen Art beschimpft. Der Reichswehrminister gab nach anfänglichem Zögern auf Grund der Herabsetzung des Generals Seeckt den Befehl nach München, den „Völkischen Beobachter“ zu verbieten. Er wiederholte das Verbot und ergänzte es mit dem Befehl, gegebenenfalls mit Waffengewalt das Erscheinen des Hiltferorgans zu verhindern, als der „Völkische Beobachter“ trotz der Anordnung an den General Lossow weiter erschien. Dieser General lehnte die Durchführung der Anordnung seiner vorgesetzten Dienstbehörde ab, weil er einen Konflikt mit Herrn von Raahr vermeiden wollte und erklärte gleichzeitig auf telegraphischem Wege, daß er auch in Zukunft weitere Befehle des Reichswehrministeriums in ähnlichem Sinne behandeln werde. Wir sind gewiß, daß General Müller in Dresden ohne weiteres den Abchied erhalten hätte, wenn er aus dem gleichen Grunde wie Lossow die ihm von Berlin gegebenen Befehle abgelehnt haben würde. Indessen schien für den Kommandeur des Wehrkreiscommandos VII in München mehr Zurückhaltung in der Behandlung am Platze. Statt sofort zu handeln, hat das Reichswehrministerium im Fall Lossow wochenlang friedliche Mittel benutzt, um den „meutenden General“, als den ihn Herr Seeckt einmal bezeichnet hat, zum Abgang zu bewegen. Brieflich hat man den Münchener Wehrkreiscommandeur wissen lassen, daß der Chef der Heeresleitung kein Vertrauen mehr zu ihm habe und deshalb seinen Abgang erwarte. Was kümmerte das Herrn von Lossow? Er beantwortete diesen Brief gar nicht, sondern übergab ihn dem bayrischen Ministerpräsidenten, der dann in Berlin auf indirektem Wege Fürsprecher des Generals Lossow wurde und seiner Auffassung dahin Ausdruck gab, daß Lossow Militärbefehlshaber in Bayern sei und auch über die ihm von Berlin gegebenen Befehle nach Gutdünken entscheiden könne. Wohl gemerkt, von dem Ministerpräsidenten des „Ordnungsstaates“ wird diese Auffassung vertreten!

Aber auch das hat die sonst nicht allzu gemühtlichen Herren im Reichswehrministerium in ihrer Ruhe nicht gestört. Sie haben zwar inzwischen die „B. Z. am Mittag“ auf zwei Tage verboten, weil sie neben der Absetzung des Generals Lossow gleichzeitig auch die in Wirklichkeit nicht vollzogene Abberufung des in Dresden stationierten Generals Müller meldete, aber die Meuterei des Herrn Lossow scheint sie weniger empfindlich getroffen zu haben. Vielmehr hat Herr Minister Geßler noch ein weiteres getan, um diesen Rebellen zur Vernunft zu bringen. Er ist am Mittwoch nach Augsburg gefahren und verhandelt dort wegen einer friedlichen Lösung des Konfliktes mit einem Mitarbeiter des Generals von Lossow, einem alten Offizier, dem General Kref von Krefenstein, mit Wissen des Rebellen. Beide vereinbarten, daß General von Lossow in Augsburg erscheinen sollte, um mit dem Reichswehrminister die Angelegenheit persönlich zu besprechen; von Krefenstein war der feste Überzeugung, daß Lossow dieser Verhandlung nachkommen würde und reiste in dieser Auffassung nach München zurück. Angekommen, machte er seinem Vorgesetzten von der Unterredung mit dem Reichswehrminister Mitteilung. v. Lossow lehnte es jedoch ab, nach Augsburg zu reisen, nach dachte er überhaupt daran, sein Amt niederzulegen. Statt dessen reichte General von Krefenstein seinen Rücktritt ein, während der meutende

Indessen nichts eifriger zu tun hatte, als den bayerischen Generalkommissar von Kahr, dessen Amt verfassungswidrig ist, und den bayerischen Ministerpräsidenten v. Knilling von der Augsburg-Besprechung zu unterrichten.

Diese Herren schlussfolgerten aus dem Verhalten des Reichswehrministeriums den verschiedensten Blödsinn, dessen sie bedurften, um nunmehr mit Vossow gemeinsam gegen das Reich zu rebellieren. Ohne Grund beabsichtigten sie die Reichsregierung, weitgehende Maßnahmen gegen Bayern ergreifen zu lassen. In Wirklichkeit diente diese Beabsichtigung jedoch lediglich zur Begründung der dann in Berlin gemachten Mitteilung, daß die bayerische Regierung und natürlich auch Herr von Kahr nicht länger in der Lage seien, mit dem Reichswehrminister sich dienstlich zu verstehen und sie deshalb seinen Rücktritt fordern. Damit ist der Konflikt zwischen Bayern und dem Reich durch die bayerische Regierung und ihren Ratgeber von Kahr auf die Spitze getrieben. Die Reichsregierung hat bisher gerade gegenüber Bayern ein kaum verkennbares Maß von Geduld bewiesen. Sie muß jetzt den Mut haben, den ihr aufgezwungenen Konflikt mit dem notwendigen Mittel und der notwendigen Schärfe auszutragen. Was sie in Sachen kann, sollte für sie auch in Bayern möglich sein.

Die Forderung des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei auf Aufhebung des Befreiungszustandes wird auch von den Gewerkschaften durch einen gemeinsamen Beschluß der Bundesvorstände des ADG, des AFB und des ADL, entschieden unterstützt. Die Spitzenvertreter der Gewerkschaften weisen insbesondere darauf hin, daß bereits mehrfach durch Eingriffe der militärischen Befehlshaber die freie Betätigung der legalen gewerkschaftlichen Organisationen behindert wurde und dadurch der Eindruck einer einseitigen Parteinahme zugunsten der Unternehmer hervorgerufen worden ist.

München, 19. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die politische Lage in Bayerns Hauptstadt wird beherrscht von der Abberufung des Generals von Soltow. Die Nachricht hat bei den Behörden große Erregung verursacht. Bemerkenswert ist die mit Bestimmtheit abgegebene Erklärung, daß die glatte Abberufung v. Soltows dem Konflikt Bayerns mit dem Reich bedeuten würde. Denn weder die bayerische Regierung noch der Generalkommissar würden sich jemals einer solchen Forderung des Reiches beugen. Wenn also der Chef der Generalkommission seinen Willen unbedingt durchsetzen wollte und dann seien die Folgen für das Reich unabweisbar. (1.)

Hitler unternimmt zurzeit wieder einen neuen Propaganda-zug unter der Studentenenschaft, da die nationale Haltung Kahr sehr offenbar eine Lockerung der Bindung zwischen der nationalsozialistischen Studentenenschaft und den politischen Gruppen von Hitler herbeiführen dürfte. Unfreiwillig zur Seite steht ihm dabei der „Hochschulring deutscher Art“, zum mindesten einzeln an seiner Spitze stehende Personen, die nicht nur in der früher üblichen Art durch Drohungen und Erpressungen ihre Komplikationen den Parteiführern zuführen, sondern sich nun auch mit auffälliger Propaganda betätigen. Ein in der Münchener hiesigen Presse veröffentlichter Aufruf, unterzeichnet von Speiser zu Gurtensberg, Mitglied des Reichsausschusses des Hochschulringes, verfolgt den Zweck, der Studentenchaft der universitären Hochschulen die Gegensätze zwischen Kahr und Hitler als unüberwindlich hinzustellen. In diesem Aufruf, der sichtlich nach gründlicher Beratung der hiesigen aller Schattierungen zustande gekommen ist, findet sich der bemerkenswerte Satz: „Der über seine wirkliche Bedeutung besprochene Gegensatz zwischen Kahr und Hitler ist in allen wesentlichen Punkten darauf zurückzuführen, daß ein verantwortlicher Staatsmann sich in seinen Handlungen und Meinungen eine Beschränkung auferlegen muß, die für den Führer eines freien Landes nicht besteht. Im Augenblick der Tat wird dieser Gegensatz verschwunden sein.“

Vorgehen hielt der Reichstagsabgeordnete der Deutschen Volkspartei, Geheimrat Kahl, einen Vortrag in München, in dem er die Große Koalition nach dem Rücktritt Cuno als die einzige politische Möglichkeit bezeichnet, die Persönlichkeit Stresemanns gegen gewisse Angriffe von rechts in Schutz nahm und weiter ausführte, das Verhältnis zwischen Bayern und dem Reich sei nicht eine, sondern die Frage. Die Rechte der Einzelstaaten müßten gewahrt bleiben. — Die „Münchener Abendzeitung“ schreibt, einen vollen Erfolg für Stresemann und seine Politik im Kreise der Deutschen Volkspartei in München.

### Zeigner muß einen Vorstoß der SPD abwehren!

Dresden, 19. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Freitags-Sitzung des sächsischen Landtages brachte eine scharfe und unerfreuliche Auseinandersetzung zwischen den beiden Regierungsparteien. Anlaß dazu gab eine Erklärung des kommunistischen Abgeordneten Schneller zu Beginn der Sitzung, der behauptete, in der Donnerstag-Sitzung des Landtages sei festgestellt worden, daß der Zivilkommissar Meier von dem Einverständnis des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers und des Reichswehrministers mit dem ultimativen Schreiben des Generals Müller an die sächsische Regierung unterrichtet gewesen wäre. Der Zivilkommissar habe es pflichtwidrig unterlassen, die Regierung hierüber in Kenntnis zu setzen. Es steht weiter fest, daß er einige rechtsstehende Abgeordnete der sozialdemokratischen Fraktion darüber informiert habe, darunter den Abgeordneten Bethge. Auch dieser habe die Tatsache verschwiegen. Meier und Bethge hätten zugestimmt, daß die sächsische Regierung gegen den Generalleutnant Müller den Vorwurf erhoben hätte, er verstoße gegen die Verfassung. Dieser Vorwurf richte sich in Wirklichkeit gegen den Reichspräsidenten und gegen diejenigen, die die genannte Tatsache gekannt und verschwiegen hätten. Die Anfrage der kommunistischen Fraktion gehe dahin, wie sich die Regierung zu dieser Tatsache stelle.

Die Sitzung wurde auf eine Stunde unterbrochen, um den Fraktionen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Im weiteren Verlauf der Sitzung nahm Ministerpräsident Genosse Zeigner Gelegenheit, sich zu dem kommunistischen Vorwurf zu äußern. Er wies zunächst den demokratischen Vorwurf zurück, als ob er den Landtag über eine Eigenmächtigkeit oder Grenzübergriffung des Wehrkreiscommandeurs wider besseres Wissen unterrichtet habe. Inzwischen sei ihm mitgeteilt worden, daß sich der Wehrkreiscommandeur in Berlin nur über den prinzipiellen Inhalt des Briefes an die sächsische Regierung verständigt habe, also darüber, ob die Regierung zu einer Stellungnahme zur Rede des Ministers Mörder veranlaßt werden solle. Die weiteren Einzelheiten und die Formulierung des Schreibens seien nach den bisherigen Feststellungen der sächsischen Regierung in Berlin nicht bekannt gewesen. Gegenüber den kommunistischen Behauptungen betonte Genosse Zeigner, es liege nicht der geringste Anlaß für die Annahme vor, daß von einigen Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion sozusagen ein Komplott geschmiebt worden sei. Aus Mitteilungen, die er über einen Besuch bei General Müller den kommunistischen Regierungsmitgliedern gemacht habe, hätten die Kommunisten die falsche Folgerung gezogen, daß Bethge und Meier ihm absichtlich keine Kenntnis gegeben hätten von der Stellungnahme der Reichsregierung.

Für die sozialdemokratische Fraktion erklärte Genosse Birch, aus den Feststellungen des Ministerpräsidenten ergebe sich, daß die in der kommunistischen Anfrage enthaltenen Anschuldigungen und Verdächtigungen gegen einzelne Mitglieder der Fraktion, besonders gegen den Abgeordneten Bethge, völlig unbegründet seien. Die Art, wie dieser Vorwurf von der kommunistischen Fraktion unternommen worden sei, widerspreche zudem den Vereinbarungen, die für ein gedeihliches parlamentarisches Zusammenarbeiten beider Parteien bei der Regierungsbildung getroffen worden seien. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion protestiere daher mit aller Entschiedenheit gegen ein solches Vorgehen, das nach außen hin als eine Schwächung der Regierungscoalition gedeutet werden könnte. Trotz dieser Erklärung blieb Schneller in persönlichen Bemerkungen bei seinen Behauptungen, die dann nochmals von Bethge in heftiger Erregung zurückgewiesen wurden.

Nach einer Meldung der sächsischen Zeitung aus Dresden hat zwischen dem sächsischen Ministerpräsidenten Zeigner und dem Generalkommissar von Müller eine Aussprache stattgefunden, bei der sich beide bereit erklärt, sich über bestehende Meinungsverschiedenheiten zu verständigen.

### Aus dem besetzten Gebiet.

Münster, 19. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In Bochum beschlagnahmten die Franzosen am 18. Oktober auf der Stadtsparkasse 8 Millionen 640 Milliarden Mark.

In Dortmund erklärte General Douchy in einer Unterredung mit Vertretern der Stadtverwaltung, daß Dortmund in den Wintermonaten starke Einquartierung, eventuell eine Division und mehr, erhalten werde. Die Stadtverwaltung warte, falls die zur Verfügung stehenden Quartiere nicht ausreichen, eine neue Kaserne bauen, für die bereits ein Platz an der Straße von Rahm nach Dürklinge festgelegt sei. Zu dem am 21. Oktober in Dortmund stattfindenden Pferde-treffen wird auch der kommandierende General der Besatzungstruppen erscheinen und bereits am 20. Oktober, aus Düsseldorf kommend, in Dortmund einreisen. Zum Empfang

werden große festliche Vorbereitungen getroffen. In Dortmund kündigen die Franzosen in Plakaten eine Holzauktion an. Es sollen 950 Festmeter Holz aus den Staatsplantagen des Rheinlandes versteigert werden.

### Der Otto Wolff-Vertrag mit den Franzosen

ist nach der „Deutschen Bergwerkszeitung“, im Gegensatz zu den ersten Pariser Meldungen, noch nicht endgültig abgeschlossen, sondern Entwurf geblieben, da auch für diesen Konzern zunächst nicht feststeht, wer die Reparationslieferungen bezahlen soll. Die Nachricht, daß Wolff bereits Lieferungen, nachdem ihm beschlagnahmte Materialien freigegeben wurden, bleibt ungeklärt.

### Stinnes kauft weiter.

Seit längerer Zeit wurden die Aktien des Kohlenkonzerns Reinhold Beder aufkauft. Die Aufkäufe sind von Bremen vollzogen, die Hugo Siemes sehr nahe stehen. Jetzt wird bekannt, daß der Hebergang der Beder-Zechen, die im Bochumer Revier in der Nähe des zum Stinneskonzern gehörigen Bochumer Vereins gelegen sind, in die Stinnesgesellschaft kurz bevorsteht. Dieser Hebergang würde die völlige Einverleibung des Beder-Konzerns bedeuten, da die in der Nähe von Cresfeld gelegenen Beder'schen Stahlwerke und Hochöfen durch den neuesten Grubenverkauf des Herrn Stinnes ihre Kostenbasis verlieren. Vermutlich ist es immerhin, daß Stinnes gerade in dieser Zeit über genügende Geldmittel verfügt, seine alte Kampfpolitik fortzusetzen. Den Eindruck von der Leistungsfähigkeit der großen Konzerne im Ausland, den solche Aktionen machen, kann man sich denken.

Stinnes kann auch mit „Marziften“, wenn es sein geschäftliches Interesse erheischt, sogar mit sehr rabatanten Marziften, Geschäfte abschließen. Der „Ostpreuß.“ hat aus dem Stinneskonzern den benötigten Rohstoffe erhalten, daß der Stinneskonzern mit den Weiersburger staatlich organisierten Konsumgenossenschaften „Pepo“ einen Lieferungsvertrag auf 40 000 Kubikmeter Papierholz nach Deutschland abgeschlossen habe. 20 000 Kubikmeter seien bereits geliefert, das Gesamtgeschäft belaufe sich auf 40 000 englische Pfund. Ferner sei ein Vertrag auf Lieferung von Dämmen eingegangen. Dieses Geschäft finanziere er in Dollar zu 33 Prozent des Gesamtwertes der Ware. Man kann sehen, daß Stinnes im kommunistischen Rußland geschäftlich konsequenter ist, als politisch im Deutschland der Großen Koalition.

### Moskau baut das stehende Heer ab.

Die amtliche russische Telegraphenagentur meldet: In der Organisation der Roten Armee wird der erste Versuch, zum Territorialsystem überzugehen, durchgeführt. Die Jahrgänge 1898 bis 1901 sind einberufen worden und sollen den militärischen Unterricht in für zwei Wochen zusammengefaßten Territorialkursen wiederholen, der tatsächlich nur fünf Monate dauern wird, aufbauend des vierjährigen Unterrichts in den Kasernen. (Die Meldung übertriebt vielleicht propagandistisch den Umfang des Heeresabbaus, entspricht aber der neuerdings friedlichen Gesamtlage der russischen Außenpolitik. Red.)

### Neue tschechisch-französische Abkommen.

Ministerpräsident Poincaré hatte gestern nachmittag eine Unterredung mit dem tschechisch-französischen Minister des Außenwesens, Dr. Beneš. Der „Marin“, dem Poincaré nachsteht, schreibt, diese Unterredung sei von größter Bedeutung. Es handele sich darum, durch präzise Abkommen die Beziehungen zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei zu regeln. Die Grundlage sei bereits festgelegt. Demnach, nach dem notwendigen Studium, werde Dr. Beneš zweifellos wieder nach Paris kommen um sie zu einem Abschluß zu bringen.

Die Beziehungen zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei waren vorübergehend getrübt worden. Frankreich künnte zum Beispiel gegen die Wahl von Beneš in den Völkerbund zugunsten eines Nosen, unterlag aber dabei. Der Inhalt der neuen Verträge, der für Deutschland sehr bedeutsam sein kann, dürfte kaum veröffentlicht werden.

Die nächste Plenarsitzung des Reichstages findet voraussichtlich am Freitag, den 28. Oktober, statt.

1 Dollar (Berlin) 11 970 000 000 M.  
1 Dollar (Newyork) 10 000 000 000 M.

## Der Kampf am Dover.

Roman von Victor Hugo.

Die Gasse.  
Morgensdämmerung oder Feuersbrunst.  
Gilliat hatte noch nie mit Demuchette gesprochen. Er hatte immer nur von fern gesehen wie den Morgenstern.  
Als sie ihn auf dem Wege von St. Pierre-Port nach Halle begegnete und zu seinem Erschrecken seinen Namen in den Ohren hatte, war sie schrecklich rot. „Lass mich gehen, ich habe dich nicht gesehen.“ Die Kinderlein waren jetzt aber auf. „Du bist ein großer Blödsinn.“ Der Name Gilliat, von diesem Kind in den Ohren gesprochen, fiel in eine bis dahin unbeschriebene Linie.  
Was waren für Gilliat die Frauen? Er hätte es nicht sagen können. Er hätte ihnen nicht ein und für allemal im äußersten Notfall geholt er eine an. So gar vor einer alten Frau er sah.  
Er hatte einmal in seinem Leben eine Partnerin gesehen, die nach der Darstellung war. Gilliat hatte geliebt, wie sie sagte: „Es ist wirklich sehr unangenehm, da sind Hauptpersonen und meistens sind sie gemein, und dieses Sprichwort ist so wahr.“  
Später fand er in einem Buch ein solches Wort. Er hatte es in die Hand zur Erinnerung an dieses Erlebnis.  
In dem Buch stand, da Demuchette ihn begegnete war und jedoch seinen Namen gesprochen hatte, kam er nach Hause, ohne zu wissen, warum er ausgegangen war. Die Nacht kam. Er schlief nicht. Er dachte an dieses Ding. Es war endlich Zeit, die kleinen Reize zu pflanzen. Heute hatte er das Wort von St. gar nicht gesehen. Ob da etwas passiert war? Der Sonntag war tatsächlich noch zum Fischen gekommen. Die kleine Demuchette war das ein Wunder. In der Nacht war ein Sturm gekommen, hatte man die alte Frau zu dem Buch, die geschrieben war: „Was war das? Er war doch kein blödsinniger Mensch.“ Er dachte über sein vergangenes Leben nach. Die gewisse Demuchette fiel ihm ein, die in dem Buch stand. „Denn dachte er an seine Gedanken, so wie sie waren.“

Zeit Dechant von Saint Pierre Port werden. Das Retotal von Saint Sulpice wäre dem unbesch. Er erinnerte sich mit allen Einzelheiten an die Tracht des Schotten, von dem er keine Idee gehabt hatte. Jede Kleinigkeit daran wurde ihm gegenwärtig, es verfolgte ihn, erregte ihn wie im Fieber. Endlich kam er ein. Das hellen Tage wachte er auf. Sein erster Gedanke war Demuchette.  
Denn dachte er, wenn er noch klein wäre, hätte auch seine Mutter noch und Tränen kamen ihm in die Augen.  
Er dachte, für drei Monate nach Chonges zu reisen. Aber er blieb. Niemand wieder setzte er einen Fuß auf den Weg von Saint Pierre nach Halle. Er bildete sich ein, daß sein Name Gilliat da immer noch künde und jeder Vorbeigehende sähe das.  
Der Eintritt in das Unbekannte.  
Zur Entschädigung bekam er sich täglich das Haus der Draufgänger. Nicht, daß er es mit Glück getan hätte, aber ein Weg führte ihn da nord. Einmal Tages hatte eine Kofferfrau, die gerade aus dem Hause herkam, zu einer andern: „Wißt ihr nicht, was für ein Name das ist?“  
Gilliat legte in einem Garten am Seipenterrain ein Spargelbrot an.  
Die Gartenmutter am Draufgängerhaus war sehr niedrig. Man konnte sich hinübersehen. Der Gedanke an solche Kühnheit hätte ihn die Haare zu Berge getrieben, aber man konnte im Vorbeigehen eben so wie alle anderen Leute die Stimmen hören, die im Hause oder im Garten ertönten. Von Kindern war dabei keine Rede, man hörte eben.  
Einmal starrte sich Gance und Douce. Es war ein wichtiger Schandl im Hause. Für Gilliat's Ohr klangen es Klack.  
Aber ein andermal unterließ er eine Schwanz, die nicht den anderen gehörte, die zwischen die Stimme von Demuchette war. Er ergriff die Nacht.  
Nach und nach wurde er klüger. Er bekam es fertig, stehen zu bleiben. Es kam ein Augenblick, da sah Demuchette, die trotz des offenen Fensters nichts Bedrohliches bemerkte, an ihrem Klack und kam. Sie kam ihr Lieblingskind Emma Dundee. Gilliat wurde sehr blaß, aber er war so blaß, daß er bis zum Ende stehen blieb.  
Der Frühling kam. Einmal Tages sah Gilliat den Himmel offen. Er schaute Demuchette, wie sie ihren Kopf bog.

Bald kannte er ihre Gewohnheiten, merkte sich ihre Stunden, wartete auf sie. Ohne sich jemals zu zeigen.  
Besteht hinter der Mauer, von niemand bemerkt, mit einem gehaltenem Atem, sah er Demuchette in ihren Garten kommen und gehen. Zuweilen hörte er, wie sie mit Weiß Leiherrn plauderte in einer Hagebuttenleide, wo eine Bank stand. Ganz deutlich drang jedes Wort an sein Ohr.  
Was war aus ihm geworden! Er stand hinter einer Mauer und spionierte.  
Eines Abends wollte Demuchette wie gewöhnlich das Fenster schließen. Die Nacht war finstern. Wäglich hörte sie auf, dem Dunkel kam Musik. Jemand auf dem Hügel spielte über oder noch weiter weg hinter auf der Höhe. Demuchette erkannte die Lieblingslied Bonny Dundee. Sie war ganz erstaunt.  
Seitdem wiederholte sich diese Musik von Zeit zu Zeit immer um dieselbe Stunde, besonders wenn es dunkel war.  
Demuchette war nicht sonderlich erbauet darüber.  
Der Schlaf in Feilenstuhl.  
Vier Jahre waren verstrichen, seit Gilliat Demuchette zum ersten Male gesehen hatte. Sie sah sie eilmundwändig Jahre und war noch unermüdet.  
Gilliat brachte noch immer keine nächsten Serenaden. Weiß Leiherrn war ärgerlich über dieses Fährtengebüel unter Demuchette's Fenster. Ein nächlicher Galan war gar nicht leicht zu bekommen. Er wollte Demuchette verheiraten, wenn es so war, wenn er wollte, und wenn sie wollte, ganz einfach und ordentlich, ohne Roman und ohne Musik. Während wie er dachte er sich auf die Dauer gelobt und Gilliat niemals wieder erkannte. Er war sich durch den Bart gefahren und hatte dabei vor sich hingekracht: Was hat das Tier zu bedeuten? Er ließ Demuchette, natürlich, aber da verließ seine Zeit, mein Junges. Wer was von Demuchette wußt, soll zu mir kommen, hat Gilliat zu sagen.  
Zu dieser Zeit geschah ein lang erwartetes Ereignis. Ein Schwestern-Innenminister, Herr von D. hatte von dem Herrn Port ermann, und es blieb, er wollte Saint Sulpice verlassen ummittelbar nachdem er seinen Nachfolger eingeweiht hatte.  
(Fortsetzung folgt.)

# Morgen Wahltag in Oesterreich!

Aus Wien wird uns geschrieben:

Dieser Sonntag, der 21. Oktober, ist ein Schicksals-Tag für Oesterreich; denn an diesem Tage wird es sich entscheiden, ob es dem Proletariat gelingt, die geachtete Reaktion niederzuzwingen oder ob die Reaktion auch weiter am Ruder bleibt und ihre Stellung vielleicht gar noch befestigt. Der Wahlkampf wird nahezu ausschließlich zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokraten geführt. Die kleinen Parteien spielen dabei keine entscheidende Rolle. Und doch wird es vielleicht von ihrem Schicksal abhängen, welcher Seite sich das Jünglein der Wage neigt. Im bisherigen Nationalrat standen Sozialdemokraten, 85 Christlichsoziale, 20 Großdeutsche, 7 Bauernbündler und der ehemalige Außenminister des Kaisers Karl, Czernin, als einziger Vertreter der sogenannten bürgerlichen Arbeitspartei gegenüber. Da diese bürgerlichen Parteien den Sozialdemokraten immer geschlossen gegenüber traten, stand also Sozialdemokraten ein Block von 114 Arbeiterfeinden gegenüber. Von diesen 183 Abgeordneten waren 48 in Wien gewählt und zwar 28 Sozialdemokraten, 16 Christlichsoziale, 3 Großdeutsche und Czernin. Im Wiener Gemeinderat, der ebenfalls am Sonntag neu gewählt wird, waren von 165 Gemeinderäten 100 Sozialdemokraten, 50 Christlichsoziale, 8 Tschechen, 3 Deutschnationale, 3 Jüdischnationale und ein Demokrat. Hier hatten die Sozialdemokraten zwar keine Zweidrittelmehrheit, aber immerhin die für besondere qualifizierte Entscheidungen notwendige Mehrheit, die oft noch durch die Stimmen einzelner Angehöriger anderer Parteien, vor allem der tschechischen Sozialdemokraten, vermehrt wurde.

Nun wurde aber die Zahl der Mandate sowohl für den Nationalrat als für den Wiener Gemeinderat vermindert, für den Nationalrat von 183 auf 165 (die Wiener Mandate von 48 auf 45) für den Gemeinderat von 165 auf 120. Zugleich wurde sowohl für den Nationalrat als für den Wiener Gemeinderat das Wahlverfahren abgeändert. Die Änderungen im Wahlgesetz für den Nationalrat wurden von den Regierungsparteien zu dem Zweck vorgenommen, um ihre Wahlsichten zu verbessern. Obwohl es den Sozialdemokraten gelungen ist, die Wahlrechtsverschlechterungen, die die bürgerlichen Parteien planten, so vor allem die Wahlkreis- und eine verfehlte Sekundarwahl zu verhindern, sind doch einige Abänderungen vorgenommen worden, die vornehmlich die Ausichten der Großdeutschen verbessern sollten. Von diesen Änderungen des Wahlgesetzes sind am wichtigsten die Art der Berechnung der Verhältniswahl (Proporz), dann die Art der Aufteilung der Reststimmen für das ganze Reich zusammenberechnet und auf 15 Reststimmenmandate aufgeteilt wurden, ist jetzt die Zahl der Reststimmenmandate nicht mehr festgelegt. Auch werden die Reststimmen nicht mehr für das ganze Reich zusammenberechnet, sondern innerhalb von Verbänden von Wahlkreisen und es werden in dem zweiten Ermittlungsverfahren nur die im ersten Verfahren nicht vergebenen Mandate befehlt. Eine Berechnung, die über die Wirkung der Veränderung des Wahlgesezes vorgenommen wurde, hat ergeben, daß, wenn man die bei den letzten Wahlen für die einzelnen Parteien abgegebenen Stimmen zugrundelegt, die Sozialdemokraten von den 165 Mandaten 62, die Christlichsozialen 77, die Großdeutschen 20, die Bauernbündler 6 erhalten würden, während der Herr Czernin verschwinden würde. Es würden also die Sozialdemokraten um 7, die Christlichsozialen um 8 Mandate weniger erhalten, während die anderen Parteien je ein Mandat verlieren würden. Wenn man also die Ergebnisse der Wahlen prüfen wird, darf man nicht von den Mandatszahlen des letzten Nationalrats ausgehen, sondern muß die auf Grund der verringerten Mandatszahl berechneten Zahlen zugrunde legen.

Wenn sich auch über den Ausgang der Wahl kaum etwas voraussagen läßt, so scheint doch das eine sicher zu sein, daß die Großdeutschen jedenfalls eine ganz respektable Anzahl von Mandaten verlieren werden. Bei allen Gemeinderatswahlen der letzten Jahre haben sie an alle Parteien Mandate verloren, die meisten allerdings an die Hakenkreuzler, die sich offenbar sogar in ihren eigenen Parteioptionen festgesetzt haben. Nun haben auch die Hakenkreuzler gemäß einem Diktat Hitler's beabsichtigt, sich an den Wahlen nicht zu beteiligen, wozu außer ihrem prinzipiellen Antiparlamentarismus auch noch die taktische Erwägung mitgespielt haben dürfte, daß der Offensivität verschwiegen bleiben soll, wie wenig erwachsene Leute zu ihnen gehören. Um doch wenigstens einige der hakenkreuzerischen Stimmen für sich zu gewinnen, haben die Großdeutschen einige deutschösterreichische Gewerkschaftsführer, Leiter deutscher Angestelltenorganisationen, auf ihre Liste genommen, was sie aber noch vor der Niederlage nicht reiten wird. Wenn auch die christliche nationale und freihetliche Großdeutsche namentlich aus den Schichten der Angestellten und der Intellektuellen angeht des Verrates, den die Sozialdemokraten begangen haben, namentlich angeht des Verrates, den sie durch ihre Zustimmung zu der Genferlei und durch ihre Bemühungen um die Gunst der Christlichsozialen an dem Anschluß an Deutschland begangen haben, so wird die Sozialdemokraten stimmen dürften, so werden doch die Großdeutschen, die diesen Verrat mitgemacht haben, zum Teil direkt für die Christlichsozialen Stimmen und indirekt für die Hakenkreuzler abgegeben werden. Andererseits hoffen die Bauernbündler, die unter der Firma „Landbund“

in den Kampf gehen, in bauerlichen Bezirken den Christlichsozialen einige Mandate abzunehmen. Ebenso ist die Hoffnung wohl nicht unberechtigt, daß die Christlichsozialen auch an die Sozialdemokraten Mandate verlieren werden. Diese Hoffnung stützt sich darauf, daß die Christlichsozialen offen als die Partei des Großkapitals auftreten und daß größere Schichten nicht nur der städtischen Bevölkerung, die von den Christlichsozialen verraten wurden, sondern auch der Kleinbauern und der Landarbeiter, die das vorig: Mal für die Christlichsozialen gestimmt haben, ihre Stimme der Sozialdemokratie geben werden. Wie viele es sein werden und ob es gelingen wird, den Christlichsozialen dadurch ernstlich Abbruch zu tun, läßt sich natürlich nicht vorher sagen.

## Der Lohnabzug wird unerträglich!

Das Reichsfinanzministerium hat die Ermäßigungsätze für den Lohnabzug in der dritten Oktoberwoche festgesetzt. Die Verhältniszahl, mit der die in der zweiten Septemberhälfte in Geltung gewesenen Ermäßigungen zu multiplizieren sind, ist auf 210 erhöht worden. Es bleiben daher folgende Beträge vom wöchentlichen Steuerabzug unerhoben: Existenzminimum für Mann und Frau je 36 288 000 M für jedes minderjährige Kind 241 920 000 M zur Abgeltung der Werbungskosten 302 400 000 M Die Berechnung des Steuerabzugs vom Arbeitslohn eines Berliner verheirateten Buchdruckers mit zwei Kindern stellt sich daher in dieser Woche folgendermaßen:

Wochenlohn	30 000 000 000 M
10 Prozent Abzug	3 000 000 000 M
Ermäßigungen:	
Existenzminimum für Mann und Frau	72 576 000 M
zusammen	72 576 000 M
für zwei minderjährige Kinder	483 840 000 M
zur Abgeltung der Werbungskosten	302 400 000 M
zusammen	858 816 000 M
Es bleibt an Lohnabzug zu zahlen:	2 141 184 000 M

Das entspricht einer steuerlichen Belastung von 7,1 Prozent des Arbeitslohnes.

Diese Steuerleistung muß als viel zu hoch angesehen werden. Die Ermäßigungen werden den tatsächlichen Verhältnissen bei weitem nicht gerecht. Es muß als unerträglich bezeichnet werden, daß der Arbeiter mehr als 7 Prozent seines Wochenlohnes als Lohnsteuer abzuführen hat. Wie das Beispiel zeigt, zahlt der Arbeiter in dieser Woche mehr als 2 Milliarden Mark an Lohnsteuer. Das ist ein Vielfaches aller der Steuerbeiträge, die zusammengenommen ein Gewerbetreibender oder gar ein Industrieller zu zahlen hat. Sowohl das gegenwärtige System der Feststellung der Ermäßigungsbeiträge als auch ihre absolute Höhe sind dadurch unmöglich gemacht.

### ! Stoffe für Anzüge und Kostüme !

## Teilizahlung

ohne Aufschlag auch bei Geldentwertung, also fester Papiermarkpreis!

Lohestr. 15

## Gewerkschaftsbewegung.

### Neue Unterstützungssätze in der Erwerbslosenfürsorge.

Nach der Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge betragen die wöchentlichen Unterstützungssätze in den Ortsklassen A, B, C und D bezw. E für Männer über 25 Jahre 1 200, 1 120, 1 040 und 960 Millionen Mark, für Männer unter 25 Jahren 720, 670, 620 und 560 Millionen, für Frauen über 21 Jahre 960, 900, 840 und 780 Millionen, für Frauen unter 21 Jahren 560, 520, 480 und 440 Millionen Mark. Der Familiensatz für den Ehegatten ist auf 440, 410, 380 und 350, für jedes Kind oder sonstigen unterstützungsberechtigten Angehörigen auf 360, 340, 320 und 300 Millionen Mark festgelegt worden. Familiensätze dürfen nur in der doppelten Höhe der Hauptunterstützung gewährt werden. Die bisherige Unterscheidung zwischen Personen über 21 Jahre im eigenen Haushalt und im fremden Haushalt fällt weg. Für das befestigte Gebiet sind erhöhte Beträge vorgelesen. Für den 15. und 16. Oktober ist der doppelte Satz und vom 17. Oktober ab das einhalbfache der für das unbefestigte Gebiet geltenden Beträge zu zahlen. Für die laufende Woche ist also der sechsfache Tagesatz fällig. Er beträgt in den Ortsklassen A, B, C und D bezw. E für Männer über 21 Jahre 12 000, 11 200, 10 400 und 9 600 Millionen Mark, für Männer unter 21 Jahren 7 200, 6 700, 6 200 und 5 700 Millionen Mark, für Frauen über 21 Jahre 9 600, 9 000, 8 400 und 7 800 Millionen Mark, für Frauen unter 21 Jahren 5 600, 5 200, 4 800 und 4 400 Millionen Mark. Die Familiensätze im befestigten Gebiet sind die gleichen wie im unbefestigten Gebiet. Die Vorküsse, die nach der Bekanntmachung des Reichsarbeitsministers sowohl im befestigten als unbefestigten Gebiet bezahlt wurden, sind auf die genannten Beträge anzurechnen. Die Schlusszahlungen haben spätestens in der ersten Hälfte der kommenden Woche zu erfolgen.

### Die Lohnmehrzahl der Reichsarbeiter und Beamten.

Gestern fanden im Reichsfinanzministerium Verhandlungen mit den Spitzenverbänden der Beamten, Angestellten und Arbeiter statt. Die Lohnmehrzahl für die Arbeiter soll in der dritten Oktoberwoche endgültig eine Million, die Mehrzahl für die Beamtengehälter im dritten Oktoberviertel 159 000 betragen.

### Ein Gegenstoß der mitteldeutschen Bergarbeiter.

Auf den Vorstoß der rheinischen Großindustriellen gegen den Achtstundentag haben die Bergarbeiter im Westfälisch-Bornauer und im Altenburger Revier folgende Forderungen den Unternehmern unterbreitet: „Einführung der Sechstundenschicht infolge der Überproduktion (im ganzen mitteldeutschen Braunkohlengebiet werden schon seit Wochen erhebliche Mengen Kohlen auf Halben geschüttet) und Einführung von Feierschichten. Zahlung der Löhne in Goldwährung. Sofortige Auszahlung des restlichen Tariflohnes unter Berücksichtigung des Entwertungsfaktors.“ Diese Forderungen der mitteldeutschen Bergarbeiter beweisen auf das deutlichste, wie unjüngig die Forderung nach Aufhebung des Achtstundentages ist, da nicht einmal die Produktion, die in der achtstündigen Arbeitszeit erzielt wird, abgedeckt wird.

### Edo Finnen wird Sekretär des internationalen Transportarbeiterbundes.

Der von seinem Posten als Sekretär des allgemeinen internationalen Gewerkschaftsbundes zurückgetretene Edo Finnen ist auf der Konferenz der Abteilung Seefahrer des internationalen Transportarbeiterbundes zum Sekretär dieser Abteilung ernannt worden.

### Professorenweisheit.

In der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“ vom 7. Oktober 1923 lesen wir folgenden schönen Fernversand: „Devil und Kapitalismus.“ In den Eiferen Blättern (Seite 11) macht Professor Kahrle folgende interessante Gegenüberstellungen. Es ist ganz egal, wie Deutschland seine Devilen

normalisiert, ob sie in den Taschen der Prinzen, den Tresors der Banken oder bei einem Reichskommissar liegen; nicht wie sie kontrolliert, sondern wie sie vermehrt werden, ist die Frage. Und die sehr einfache Antwort lautet, durch Abschaffung des Achtstundentags. Ob wir Devilenordnungen erlassen, ist der Welt ganz egal, aber ob wir am Achtstundentag festhalten, davon hängt es ab, ob wir noch einmal wieder als anständige Leute gelten können.“

Man kann es den Arbeitgebern am Ende nicht verübeln, daß sie sich solchen entsehligen Unfinn nachdruden. Liegt es doch in ihrem eigenen Interesse, solchen „berufenen“ Stimmen Raum zu geben. Daß sich aber ein Professor findet, der sich nicht geniert, unter solch professorale Weisheit seinen Namen zu setzen, übersteigt nun doch alle Begriffe. Soll es wirklich in Deutschland einen sich mit Volkswirtschaft befassenden Professor geben, der noch nicht weiß, daß fast in sämtlichen Kulturstaaten der Erde der Achtstundentag eingeführt ist? Nach solchem Bies, wie es Herr Kahrle verzapft, muß man annehmen, daß ihm diese Erleuchtung noch nicht gekommen ist. Darüber hinaus hat freilich dieser Unfinn einen bestimmten Zweck. Nicht nur Knecht der deutschen Unternehmers, sondern auch Kuli fremder Kapitalisten soll der deutsche Arbeiter sein. So möchten es die menschenfreundlichen Herrschaften haben. Sie machen indes ihre Rechnung ohne den Wirt. Und deshalb ist sie falsch.

## Vollziehung der gesamten Betriebsräte und Vertrauensleute Breslaus

Sonntag, den 21. Oktober 1923, vormittags 9 1/2 Uhr im großen Saale des Gewerkschaftshauses.

- Tagessordnung:
1. Lohnpolitik — Wirtschaftsfragen — Ausblick.
  2. Freie Aussprache.
  3. Geschäftliches.
- Eintritt nur gegen Vorzeigung der Betriebsräte-Ausweiskarte und des Mitgliedsbuches der zuständigen Gewerkschaft.

### Ein umfassendes Werk über das deutsche Arbeitsrecht.

Das deutsche Arbeitsrecht. Das gesamte Arbeitsrecht Deutschlands. (Industrie-Verlag Späth u. Linde, Berlin 1923.) Das 606 Seite starke Buch enthält die erste systematische Darstellung des gesamten Arbeitsrechts. Es wendet sich seiner Einleitung gemäß an die Praxis, für die es wegen seiner Vollständigkeit und der eingehenden Berücksichtigung der neuen Literatur und Rechtsprechung von außerordentlicher Bedeutung sein dürfte.

In der Einleitung erörtert das Buch zunächst die Grundbegriffe, die Geschichte und die Literatur des Arbeitsrechts. Der Begriff des Arbeitsrechts wird mit Recht vom Verfasser sehr weit gefaßt. Es betrifft nicht nur die Arbeiter und Angestellten, sondern auch die Beamten, weil auch sie sozial abhängige Arbeit leisten und es gleichgültig ist, ob die Arbeitsleistung übernommen ist auf Grund eines privatrechtlichen Arbeitsverhältnisses oder auf der Grundlage einer öffentlich-rechtlichen Anstellung.

Im Abschnitt A wird die Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenfürsorge, insbesondere auch die Pflicht zur Beschäftigung von Schwerbeschädigten, die Verbindung von Betriebsabdrücken und -stilllegungen und die Arbeitsbeschaffung durch Arbeitsvermittlung behandelt. Es folgt das Arbeitsvertragsrecht, in dem der (gewerbliche und kaufmännische) Einzelarbeitsvertrag, der Tarifvertrag und die Arbeitsordnung, eingehend dargestellt ist. Das Sonderrecht der Beamten, Bergarbeiter, Hausarbeiter, Hausgehilfen, Landarbeiter und der Schiffsbesatzung ist hier gleichfalls behandelt. Auch der Lehrvertrag ist trotz seiner Besonderheiten vom Verfasser mit Recht zum Arbeitsvertrag gerechnet.

Die unter Abschnitt D behandelte Arbeitsverfassung umfaßt die Berufsorganisation (Berufsvereine und Berufsvertretungen, Bezirkswirtschaftsräte und Reichswirtschaftsrat) und die Betriebsorganisation (Betriebsräte, Betriebsarbeiterräte und Reichsarbeitererrat). Eine etwas eingehendere Darstellung der deutschen Gewerkschaftsbewegung wäre hier erwünscht gewesen.

Es sind weiterhin behandelt das Arbeiterchutrecht, die Arbeitsstreitigkeiten (Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, Schlichtungsstellen), die Sozialversicherung, die Lohnbesteuerung, das internationale Arbeitsrecht und schließlich in kurzem Überblick das Auslandsrecht.

Jahresangaben sind stets klar und übersichtlich. Sie führen unter Beibringung reichhaltiger und erschöpfender Nachweisungen von Literatur und Rechtsprechung in die großen Gedankenkreise des neuen wichtigen Rechtsgebietes ein und bieten mit dem beigefügten eingehenden Sachverzeichnis ein zuverlässiges Nachschlagewerk für Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

In der Vorrede verspricht der Verfasser, das Werk durch Nachträge fortlaufend zu ergänzen und auf der Höhe zu erhalten. Dem verdienstvollen Buch gebührt weiteste Verbreitung.

### Ächtung, Töpfung!

Der Lohn für die Periode vom 12. bis 20. 10. beträgt für Dfeneker 179 070 000 Mark, Werkstattdarbeiter 175 990 000 Mark. Der Multiplikator für den Dfenekerlohn ist 298 451 000 mal, für Singszug 289 982 000 mal, für Kacheln 286 797 000 mal. Der Spitzenlohn der Hilfsarbeiter beträgt 146 378 000 Mark.

Der Ausstand der Breslauer Ainoangekollten ist gestern Freitag beendet worden.

## Bereinstalender.

- Deutscher Textilarbeiter-Verband. Sonnabend, den 20. Oktober: Funktionär-Versammlung unter Teilnahme eines Mitgliedes vom Hauptverband, Berlin. Ähnliches Geschehen ist unbedingt erforderlich.
- Deutscher Arbeiter-Abkündeten-Bund, Ortsgruppe Breslau. Sonntag, den 21. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus: Wichtige Vorstandssitzung. Erscheinen unbedingt erforderlich.
- Revolutionäre Gemeinde, Grölnstraße 14/16. Sonntag, den 21. Oktober, nachmittags 6 Uhr, wird eine Gedächtnisfeier für Eugen Wolfsohn abgehalten, wobei das für die Halle bestimmte Bild ausgestellt wird. Sprecher: A. Biesch. — Mittwoch, den 24. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Gemeindeversammlung. Der Vorstand.
- Baugewerksbund Breslau, Töpfer. Montag, den 22. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, Versammlung Zimmer 8 des Gewerkschaftshauses. Ferner machen wir unsere Bauabgeordneten auf die morgen, Sonntag, vormittags 10 Uhr, stattfindende Betriebsratsversammlung aufmerksam.

## Denkt an das Parteiotopfer!



## Breslauer Nachrichten.

Breslau, 20. Oktober.

### Bereinigte Sozialdemokratische Partei.

Frauen!

„Der Kampf gegen die rasende Verelendung“

ist das Thema der

#### Frauen-Versammlungen,

die am Montag, den 22. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, in allen Stadtteilen stattfinden.

Die bängenden Sorgen dieser Tage machen es mehr denn je notwendig, daß gerade wir Frauen als die am meisten Leidenden je häufig als möglich zusammenkommen, um uns gegenseitig zu unterstützen und aufzurichten. Deshalb

Frauen, kommt Montag alle in die Versammlungen!

Versammlungslokale und Redner in der Montagsnummer der „Volkswacht“.

Bitte tritt 22. Es ist dringend notwendig, daß diesmal alle Genossinnen an der Frauenversammlung in der Viktoriaschule am Montag abend teilnehmen.

#### Distrikts- und Bezirksführer!

Die Abrechnung der Bezirkskassierer der Beitragsmarken für Oktober ist Montag, den 22. Oktober, bei den Distriktsführern. — Die Distriktsführer rechnen Mittwoch, den 24. Oktober, im Büro ab. —ämtliche alte Marken bis zu 50 000 Mark sind restlos abzuliefern. Der Vorstand.

Arbeiterjugend, Heim 9. d. 1. Wir treffen uns Sonntag vormittag, pünktlich 9 1/2 Uhr, an der „Matthiaslust“ zwecks Festsetzung der Hauptfeuerwache.

Arbeiter-Jugend-Chor! Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Zimmer 9 des Gewerkschaftshauses, Probe für alle Musikanten. Anschließend um 5 Uhr Probe für alle Sänger. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen unbedingt notwendig, auch bei schlechtem Wetter.

Wahlung, Arbeiterjugend! Die für Montag, den 22. Oktober, angelegte Bezirksfunktionärwahlung der Heime 2, 4 und 7 findet nicht statt.

Arbeiter-Kinderfreunde, Gruppe Scheitnig. Liebe Kinder! Am nächsten Sonntag wollen wir unsere Herbstwanderung machen. Wir treffen uns warm angezogen (nicht barfuß) um 7 1/2 Uhr am Brausebad. Nachmittags 3 Uhr werden wir wieder zurück sein.

## Haussestimmung.

An der Börse herrscht wieder Haussestimmung. Auf zehn Milliarden ist der Dollar gestiegen hinaufgeschossen. Die Spekulationen konnten auf eine reiche Ernte blicken. Kursverdoppelungen waren zu verzeichnen, und ihre Gostäter strahlten. Eleganter gekleidete junge Leute, die jeder ernsten Arbeit grundsätzlich aus dem Wege gehen, stürzten sich auf den „Generalanzeiger“ und andere bürgerliche Blätter, um die Börsennachrichten zu studieren, und festzustellen, wie hoch die Beute ist, die sie erreicht haben. Daneben wandten arme Frauen mit leeren Markttaschen vorbei. Sie irrten mit ihren paar Scheinen wertlosen Geldes durch die Straßen, um Einkäufe zu machen. Die kapitalistische Spekulation hatte aber alle Preise fast wieder verdoppelt, und so kostete, daß keine Einkäufe gemacht werden konnten. Der Lohn der Arbeiter bleibt ständig hinter den Preisen zurück, und je toller der Dollar springt, desto größer der Abstand zwischen den Löhnen und den Preisen. Dabei müssen tausende, ja zehntausende von Arbeitern verkürzt arbeiten. Köllig unerträglich ist die Lage der Kleinrentner, der Sozialrentner, der Erwerbslosen, armer Frauen und Kinder, die nicht wissen, wie sie zu einigen Kartoffeln kommen sollen.

An der Börse aber ist Haussestimmung. Die jungen Herren werden wieder auf die Kurszettel. Das sind die Kreise, die den „Marxismus“ verfluchen, wenn der Besitz Steuern zahlen soll, wenn ihr Treiben bestraft werden soll. Und sie sind diejenigen, die verlangen, daß die Arbeiter länger arbeiten sollen, damit sie weiter faulenzeln und hohe Spekulationsgewinne in die Taschen stecken können.

### Vom Lebensmittelmarkt.

#### Milliardenpreise für Lebensmittel.

Die Hausfrauen führen einen zermürbenden Kampf mit den wahnwitzigen Preisen der Lebensmittel. Es ist wie ein toller Spul, was man in den letzten Tagen erlebte. Weder Gelehrter noch Moral scheint es noch zu geben. Jeder der Ware hat, sehr willkürlich Preise fest. Wenn man an einem Tage in unsere Stadt von einem Ende bis zum anderen durchstreift, kann man die merkwürdigsten Dinge erleben. Die Preise differieren bei den verschiedenen Waren um viele hundert Millionen Mark und die Hausfrauen, die besonders Wucherern in die Hände fallen, sind zu bedauern. Der schamloseste Wucher, der nirgends übertraffen wird, wird in den Markthallen getrieben. Hier wurde am Freitag nachmittags für Margarine 1 700 000 000 bis 1 900 000 000 Mark gefordert und für amerikanisches Schweinefleisch 2 200 000 000 und 2 400 000 000 Mark. Im Konsumverein „Vorwärts“ kostete zur selben Zeit die Margarine 990 Millionen und 1 050 000 000 Mark und das Schmalz 1 475 000 000 Mark. Auch in vielen Geschäften konnte man diese Waren erheblich unter den Markthallenpreisen kaufen. Unübersteiglich ist der Mut der Bauern und Molkereien, den Butterpreis sofort den anderen Preisen anzupassen. So wurde die Ware am Freitag abends zu 2 1/2 Milliarden verkauft. Talg und Austandspfe wurde mit 1 800 000 000 und 2 Milliarden gehandelt. Besonders aufreißend wirken die Fleischpreise. Um das Doppelte und Dreifache wurden diese Preise seit Mittwoch herausgeholt, so daß gestern das Pfund Schweinefleisch 1 600 000 000 bis 2 Milliarden kostete. Rindfleisch und Hammelfleisch forderten 1 600 000 000 und 1 800 000 000 Mark. Das Pfund Kalbdaunen kostete 800 Millionen Mark. Das Viertelpfund der billigsten Wurst muß mit 310 Millionen bezahlt werden. Der Jammer mit der Schmiere wird immer schlimmer. Sieht man auch der Andrang zu den Sirupständen nicht mehr groß, weil das Pfund nun schon 340 Millionen kostet. Für Pilawen müssen werden 600 Millionen verlangt. Ein Päckchen Anthonia fordert 420 Millionen.

Auch die Fischpreise machten einen gewaltigen Sprung. Hier gingen auch wieder die Markthallen voran. Während in den Fischgeschäften Seeiäsch und Kaviar noch mit 200 und 200 Millionen zu haben war, kostete dieselbe Ware in den Markthallen 300 und 400 Millionen Mark. Das Viertelpfund Seeiäsch, das am Mittwoch noch 50 Millionen kostete, fordert jetzt 200 und 250 Millionen. Ein Salzhering kostet 100 Millionen, ein Matjeshering 150 Millionen Mark, das Pfund Saurestraut stellt sich auf 200 Millionen Mark.

Die gewaltige Brotteuerung wird den armen Kindern auch noch die letzte Lebensmöglichkeit nehmen. Alles geht lachend in den Markthallen umher. Hier wurde das Landbrot immer etwas billiger verkauft. Das ist nun auch vorbei. Viel Nachfrage ist auch nach Markenmehl. Doch das ist nun auch nicht mehr zu haben. 80prozentiges Mehl fordert 200 Millionen für das Pfund; das bessere kostet 230 und 260 Millionen. Griech stellt sich gar auf 300 Millionen; das Pfund Reis auf 460 Millionen Mark.

Die Gemüse und Pilze erhöht ihre Preise um durchschnittlich 100 Prozent. Die verschiedenen Kohlsorten kosten bis 80 Millionen, Pilze von 80 bis 120 Millionen per Pfund. Die im Kriege so geschätzten Kohlrüben werden jetzt in Mengen gekauft. Das Pfund fordert 35 und 40 Millionen. In der Markthalle am Ritterplatz gab es Kartoffeln zu 35 Millionen das Pfund, dabei hatten sie das Aussehen von Futterkartoffeln. Der Tomatenpreis ist nun auch schon bei 100 Millionen Mark angelangt; das Pfund Zwiebeln kostet 150 Millionen. Kaum glaublich sind die Obstpreise. Gute Birnen oder Äpfel kosten bis zu 1/2 Milliarde das Pfund. Pflaumen zweifelhafter Sorte, kosten 150 Millionen und schöne rote Preiselbeeren 350 Millionen Mark das Pfund.

Was wird die minderbemittelte Hausfrau bei solchen Preisen wohl einkaufen können? Fleisch und Fette verschwinden vollständig vom Tisch. Mit minderwertigen Lebensmitteln soll die Familie gesund erhalten werden.

#### Krankentafelbeiträge.

Vom Verkehrsband wird uns geschrieben: Unterm 4. Oktober 1923 veröffentlichte der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse eine Bekanntmachung, wonach auf Grund der Verordnung des Herrn Reichsarbeitsministers vom 27. September 1923, Reichs-Gesetzl. S. 908, im Krankentafelgesetz verschiedene wichtige Änderungen vorgenommen worden sind. In der Hauptsache handelt es sich darum, daß die bisherige Lohnstufeneinteilung aufgehoben und für die künftige Berechnung der Kassenbeiträge der wirkliche Arbeitsverdienst des Versicherten zugrunde gelegt wird. 10 Prozent des gesamten Verdienstes werden dementsprechend als Kassenbeitrag erhoben.

Man glaubt aber einige Arbeitgeber, daß diese 10 Prozent allein zu Lasten der Arbeitnehmer fallen, was uns verschiedene Lohnabrechnungen der letzten Woche bestätigen. Das ist nicht der Fall, und deshalb halten wir es für notwendig, daß die Verantwortlichkeit bzw. die organisierte Arbeiterschaft darauf aufmerksam gemacht wird, daß der Lohnabzug von 10 Prozent selbstverständlich wie bisher mit 1/2 zu Lasten des Arbeitgebers und 1/2 zu Lasten des Arbeitnehmers zu erfolgen hat, so daß die Befahrung des Einzelnen in der Verteilung wie bisher unverändert weiterbestehen bleibt.

Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß der Abzug S der Bekanntmachung seitens der Krankentafel ausdrücklich folgendes befragt: „An den gesetzlichen Vorschriften über den Abzug vom Arbeitsverdienst wird hierdurch nichts geändert; ein Drittel des Betrages trägt der Arbeitgeber, zwei Drittel können dem Versicherungsnehmer zum Lohn abgezogen werden. An- und Abmeldungen sind in der bisherigen Weise weiter bei der Kasse einzureichen.“ Wo die Berechnung der Beiträge in anderer Form erfolgen sollte, ist es notwendig, daß der zuständige Gewerkschaft unverzüglich Mitteilung gemacht wird.

#### Eine Straßenbahnfahrt 120 Millionen Mark.

Die Fahrpreise der Städtischen Straßenbahn betragen vom 2. Oktober ab:

Einfache Fahrt	120	Hin- u. Rückfahrt	200
Erwachsene			
Kriegsverletzte, Studenten, Schüler über 18 Jahre, Kinder von 6 bis 14 Jahre, Gepäc und Tiere	50		80
Zeitkarten:			
Nachkarten	840	Millionen Mark	
Nachkarten	1000	„	
Umsteige-Wochenkarten	1050	„	
Vorzugs-Wochenkarten (für städtische Bedienstete)	840	„	
Wochen-Zeitkarten	3600	„	
Wochen-Strassenkarten	1800	„	

#### Betriebseinschränkung der Grabschener Straßenbahn.

Die Direktion der Grabschener Straßenbahn teilt mit, daß sie sich genötigt sieht, ihren Betrieb ebenfalls um die Hälfte zu vermindern. Das bedingt die Einstellung des Betriebes zwischen Sonnabend und Morgenau, sowie auf der Strecke Lauensteinstraße (Brüderstraße) bis Klosterstraße, nötigenfalls auch bis Klein-Tschansch.

#### 1 Zentner Kohle 3 Milliarden 383,4 Millionen.

Die von den Syndikaten festgesetzten Grubenpreise sind infolge der weiteren Markterverschlechterung wieder gestiegen. Daher mußten die Kleinhandelspreise für Kohlen und Briketts leider wieder erhöht werden. Danach kostet ein Zentner Kohle, frei Keller des Verbrauchers, 3 Milliarden 383,4 Millionen Mark. Die neuen Preise sind im Anzeigenteil veröffentlicht.

#### 1 Kubikmeter Gas 575 Millionen Mark.

Der Magistrat hat infolge der erneuten starken Kohlenpreiserhöhungen und der notwendigen Lohnsteigerungen auch die Preise für Gas, Wasser und Elektrizität gewaltig erhöht. 1 Kubikmeter Gas kostet nach der im Anzeigenteil der vorliegenden Nummer veröffentlichten Bekanntmachung 575 Millionen Mark. 1 Kubikmeter Wasser 370 Millionen Mark und die Kilowattstunde elektrischen Stromes zu Beleuchtungszwecken 850 Millionen Mark. Diese Preise gelten auch für Klingasmarken, für die Gaskühne für Gas und Lichtstrom und die Ableitungen in der kommenden Woche.

#### Sprechchor der Jungsozialisten.

Die Stimme unserer Dichter zu Gehör zu bringen, hat sich der Sprechchor der sozialistischen Jugend zur Aufgabe gemacht. Leider wird er noch immer durch zu geringe Beteiligung daran gehindert. Es werden besonders Männer- und Frauenstimmen dazu gebraucht. Parteigenossen und Gesinnungsfreunde seien deshalb zur Beteiligung aufgefordert. Kommt und spricht aus, was der Dichter für uns dachte, vernehmbar für alle. Übungsabende: Dienstag, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

#### Freigewerkschaftliches Jugendkartell.

Montag, den 22. Oktober, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Vortragsabend für alle jugendlichen Gewerkschaftler. Thema: „Versammlungen und moderne Demokratie.“ Redner: Regierungsrat Dr. Hamburger. Chorgesang, Solovorträge, Deklamation.

Eintrittskarten für jugendliche Gewerkschaftler 200 000 Mk. im Zimmer 17 des Gewerkschaftshauses. Erwachsene Gäste 5 Millionen Mk. Vortrag: Sonntag, den 21. Oktober, vormittags 10 Uhr, Beschäftigung des Gaswerkes in Dürrgoy. Treffpunkt: 9 1/2 Uhr, Ende Hadenstraße.

Wahlversammlung: Donnerstag, den 25. Oktober, abends 5 1/2 Uhr, im Zimmer 7/8, Versammlung aller Gruppen und Branchen. Vortrag des Direktor Dr. Gengenmüller: „Entstehung des Industrieproletariats.“ 3. d. A.: Dienstag, den 23. Oktober, abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus. Mittwoch, den 24. Oktober,

7 bis 9 Uhr, Heim 4, Volksschule Nordstraße, Donnerstag, den 25. Oktober, 7 bis 9 Uhr, Heim 3, Zwinger-Gymnasium.

Kartelltagung: Freitag, den 26. Oktober, abends 8 Uhr, Zimmer 20 des Gewerkschaftshauses. Wichtige Tagesordnung. Delegierte und Jugendleiter müssen vollständig erscheinen. Am demselben Tage, in demselben Zimmer, um 6 1/2 Uhr, Sitzung aller erwachsenen Jugendleiter und Helfer statt.

#### Forderungen der Erwerbslosen.

Am Freitag vormittag fand im Schiefwerder eine Erwerbslosen-Versammlung statt. Man sprach sich gegen die Einführung der Arbeitslosenversicherung aus. Außerdem wurde beschlossen, vom Magistrat die Auszahlung einer sofortigen Wirtschaftsbekämpfung von zehn Milliarden pro Kopf und die Lieferung von mindestens zwei Zentner Kartoffeln und Kohle in der nächsten Woche an die Erwerbslosen zu fordern.

#### Alles rechnet nach Goldmark.

Der Verband der Gastwirte von Breslau und Umgegend hat beschlossen, daß in allen Lokalen auf der Speisekarte die Preislisten, wie sie jedes Lokal hatte, eingeleitet werden. Diese Preise werden mit dem jeweiligen Multiplikator, welcher für diese Woche mit 1,3 Milliarden festgesetzt worden ist, multipliziert.

Der Wirtschaftliche Verband Deutscher Zahnärzte, Ortsgruppe Breslau, hat in einer außerordentlichen Versammlung am 11. Oktober beschlossen, unter zeitgemäßer Herabsetzung der Friedenshonoreare die Liquidationen nach freier Vereinbarung auf Goldmarkbasis zu stellen. Der Verband begründet seine Absicht damit, daß alle für die Ausübung des zahnärztlichen Berufes benötigten Materialien und Medikamente mit voller Friedensgoldmark und darüber bezahlt werden müssen.

Am Ende werden nur noch die Arbeiter in entwertetem Papier abgezollt.

#### Ein hoher Kunstgenuß

Reicht den Besuchern unserer Bildungsanstaltungen am kommenden Mittwoch bevor. Der Bildungsausschuß veranstaltet im großen Saale des Gewerkschaftshauses seinen 2. Kammermusikabend mit Werken von Handel und Haydn. Programme sind noch zu haben. Man lasse sich diese Gelegenheit, noch einmal gute Musik zu hören, nicht entgehen, denn bei den heutigen Verhältnissen ist es höchst ungewöhnlich, ob und wann sich dazu wieder eine Gelegenheit bieten wird.

\* Eine öffentliche Mieterversammlung ist Montag, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. (Siehe Inserat.)

\* Der Späterische Männergesangsverein bringt am 31. Oktober und 1. November, abends 7 1/2 Uhr, im großen Konzerthaus das Oratorium „Odyssee“ von M. Bruch zur Aufführung, das über 30 Jahre hier nicht mehr gehört wurde. Als Solisten werden mitwirken: Frau Jemgard Freund-Mott (Soprano), Frau Charlotte Scherbenig (Alt), Herr Karl Böhm (Bariton), Herr Wilhelm Wolff (Bass). Eintrittskarten sind bei den durch Plakate kenntlich gemachten Verkaufsstellen und an der Abendkasse erhältlich.

\* Die Monatliche Gemeinde Breslau hält am Sonntag, den 21. Oktober 1923 eine Gedächtnisfeier für den vor Jahresfrist verstorbenen Sprecher Eugen Wolfsdorf ab. Eine Gedächtnisrede wird unrahmt von Chorgesängen, Solis und Rezitationen Wolfsdorfscher Gedichte. Gleichzeitig wird ein Vespertag des Innereckelchen der Gemeinde übergeben. Der Tag wird prägnant sein, ein Zeugnis für die Geschlossenheit der Gemeinde und die Unzerstörbarkeit einer freien Weltanschauung abzugeben. (Näheres im Inseratenteil.)

\* Amtlicher Wetterbericht. Schiefen kommt mehr und mehr unter den Einfluß der starken Zykone. Ihr warmer Sektor über England rückt nordwärts vor, und es besteht die Möglichkeit, daß sich eine neue selbständige Zykone über dem Stagerafl bildet. Sonnabend: Meißel bewölkt, Strichweise Niederschläge. Etwas milder bei mäßigem, zeitweise stärkerem, südwestlichem Winde.

\* Verein für Geschichte Schlesiens. In der nächsten Sitzung, die Montag, den 22. Oktober, abends 8 Uhr, im Hörsaal 4 der Universität stattfindet, spricht Universitätsprofessor Dr. Holkmann-Halle über: „Die deutsche Besiedlung in Böhmen und Mähren“. Gäste willkommen.

\* Wählung, Vertrauensleute der Volksfürsorge! Dienstag, den 23. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, findet im Sitzungssaale des Konsumvereins „Vorwärts“, Lauensteinstraße 133, eine Sitzung statt, zwecks Einlösung der wertbeständigen Versicherung in Gr. Lebens-, ebenso in Feuerversicherung. Das Erscheinen sämtlicher Funktionäre ist zu dieser wichtigen Sitzung notwendig.

\* Die Fabrikarbeiter haben Montag, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus ihre Mitgliederversammlung (siehe Inserat).

\* Die Preise für Backwaren sind infolge der erneuten starken Aufwärtsbewegung der Mehlpreise von der Arbeitsgemeinschaft der brotverarbeitenden Betriebe mit Wirkung vom Sonnabend, den 20. Oktober, ab, wie folgt erhöht worden: 1 Pfund helles Brot 300 Millionen, das 4-Pfundbrot 1200 Millionen Mark, 1 Pfund dunkles Brot 275 Millionen Mark, das 4-Pfundbrot 1100 Millionen Mark, eine Semmel 55 Millionen Mark.

\* Auf der Flucht von einem Polizeibeamten angefohlen wurde am Donnerstag abends gegen 8 Uhr der Arbeiter Karl Seidel aus Trautenberg. Er machte sich verächtlich, als er an der Mauritsbrücke mit einem schweren Sack beladen auf Aufbruch eines Polizeibeamten dankte; als dieser ihn einholte, warf er ihm den Sack vor die Füße und entfloß abermals. Der Beamte machte vor der Schutzwache Gebrauch und traf ihn in den linken Oberarm; bei der Festnahme verlor er den Dieb ein Pulver, wahrscheinlich Gift, zu nehmen. Er wurde ins Krankenhaus der Barmherzigen Brüder eingeliefert. Der Sack enthielt lebende und tote Ramingen, die Arbeitern vom Wassersebewerk gehörten.

## Breslauer Produktenbörse vom 19. Oktober.

Amliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 19. Oktober 1923 tatsächlich gezahlten Preise ab schließlicher Berichtigung netto Kasse Zug um Zug. Getreide: Wenig Geschäft. — Delikatessen: — Kartoffeln: Nachfrage lebhaft, Zufuhr knapp. — Anhang: Preise werden nicht notiert, da Geschäft auf Basis Papiermarkt nicht abzuschließen sind. — Mehl- und Mahiprodukte: Sehr fest, steigend.

Tägliche Amliche Notierungen: für 50 Kilogr.: (In Tausenden).					
Getreide:	19.	18.	Delikatessen	19.	18.
Weizen	18 000 000	12 500 000	Hanfsaat	—	—
Roggen	16 000 000	12 500 000	Weizenmehl	28 000 000	—
Hafer	12 000 000	8 500 000	Wohn, blau	32 000 000	—
Gerste Som.	17 000 000	12 000 000	Raps, Weiz.	22 000 000	—
„ Wint.	16 000 000	11 500 000	Senfsamen	28 000 000	—

Diese Preise verstehen sich bei sofortiger Bezahlung. Speisekartoffeln. Rote und weiße: 8 600 000. Kartoffelkartoffeln: 1 800 000.

Amliche Notierung für Mägeneregenwaffe für 100 kg.: (In Tausenden).			
	19.	18.	
Weizenmehl	100 kg	55-65 000 000	40-50 000 000
Roggenmehl	100 kg	45-55 000 000	35-40 000 000
Auszugmehl	100 kg	74 750 000	57 500 000





# Unterhaltung

## Der freiwillige Liebestod der Japanerin.

Manchmal umhüngen sie sich nur mit den Armen und legen sich nebeneinander auf die Eisenbahnschienen, gerade in dem Augenblick, wenn der Expresszug heranbraust.

Manchmal veranstalten sie ein kleines Bankett für einander, schreiben sehr feisthame Briefe an Eltern und Freunde, trinken etwas Bitteres in den Reiswein, und dann senkt sich die ewige Ruhe über sie.

Manchmal wählen sie eine Ästere und höher im Ansehen stehende Methode; der Liebende tötet zuerst die Geliebte mit einem einzigen Schwertstich und durchbohrt sich dann selbst.

Manchmal bindet sich das Liebespaar mit dem Koshi-obi des Mädchens (dem Untergürtel aus Krepplende) fest aneinander, schneidet an Gesicht, und in dieser Umarmung stürzen sie sich in einen tiefen Strom oder See.

Männiglich sind die Wege, die sie zum Meido (Liebestod) wählen, wenn sie von jenem Weltteil zur Verzweiflung gebracht sind, über das Schopenhauer eine so wunderbare Theorie geschrieben hat.

Ihre eigene Theorie ist viel einfacher.

Niemand liebt das Leben mehr als der Japaner — niemand fürchtet den Tod weniger. Die zukünftige Welt hat keine Schrecken für ihn. Diese Welt zu verlassen, fällt ihm nur schwer, weil sie ihm eine Welt der Schönheit und des Glückes dünkt. Aber das Geheimnis des unbelannten „Jenetsis“, das so lange den Geist des Abendlandes bedrückte, macht ihm wenig Sorge. Was die jungen Leute betrifft, so haben sie keine Ahnung von dem seltsamen Glauben, vor dem alle Geheimnisse verschwinden. Sie gehen mit unheimlicher Zuversicht in das Dunkel. Wenn sie zu unglücklich sind, um das Leben länger zu ertragen, so trifft niemand die Verantwortung, nicht einmal die Welt; es ist ihre eigene Schuld — es ist das „Jamen“, das Resultat der Irrtümer in einem früheren Leben. Wenn sie nicht mehr auf Verzeihung in diesem Leben hoffen dürfen, geschieht es wohl, weil sie in einem anderen Leben ihren Liebestich gebohrt haben oder sonst irgendwo graulich gegen einander gewesen sind. Aber ebenso glauben sie auch, daß, indem sie gemeinsam in den Tod gehen, sie sich in einer anderen Welt miteinander vereinigt wiederfinden werden.

Ihre Religion lehrt zahllose Seelenwandlungen in Millionen und Millionen Jahren, ehe die Seele die unendliche Vision und die unendliche Erinnerung erreicht und in die Seligkeit des Nehan (Nirvana gleich ewiger Glückseligkeit) hineinkommt, so wie die weiße Wolke in das Sommerblau. Aber diese unglücklich Liebenden denken gar nicht an Nehan; sie glauben, ihr heißer Wunsch, die Liebesvereinigung, könnte durch den Schmerz eines einzigen Todes erreicht werden. Die Vorstellungen aller sind freilich nicht dieselben — wie ihre rührenden Briefe zeigen. Manche sehen in ihren Hoffnungsstücken nur Noth, so daß, den künftigen Reinkarnation, wo Liebende sich wiederfinden werden in beglückender neuer Jugendlichkeit, während die Idee vieler, ja vielleicht die der meisten, weit unbestimmter ist — nur ein schattenhaftes gemeinsames Wollen durch nebelhaftes Schweigen, wie in der garten wesenlosen Seligkeit der Träume.

Sie bitten immer, zusammen begraben zu werden. Oft wird diese Bitte von den Eltern oder Vormündern verworfen, und dem Volk blüht dies graulich, denn man glaubt, daß diejenigen, die aus Liebesgram miteinander sterben, keine Ruhe finden, wenn ihnen ein gemeinames Grab verweigert wird. Aber wird der Bitte willfahrt, dann ist die Begräbniszeremonie ebenso schön wie ergreifend. Aus jedem der zwei Häuser bewegt sich ein Leichenzug, um bei Laternenlicht im Tempelhof zusammenzutreffen. Nach den gebräuchlichen feierlichen Zeremonien hält der Hauptpriester eine Ansprache an die Seelen der Verstorbenen. Er barmherzig spricht er von Heil und Güte, gedenkt der Jugend beider Opfer — schön und süchtig wie die Blume, die blüht und vergeht im ersten Venenzustand. Er gedenkt der Musik — Manot — die es ihnen also angetan, er spricht die Warnung des Meisters. Aber manchmal prophezeit er sogar selbst die künftige Wiedervereinigung der Liebenden in einem glücklicheren und höheren Leben und leiht so der Fortsetzung des Volkes Worte, mit einer schlichten Beredsamkeit, die seine Zuhörer zu Tränen rührt. Dann vereinigen sich die beiden Prozessionen zu einer, und diese bewegt sich zum Friedhof, wo das offene Grab schon ihrer wartet. Die beiden Särge werden zusammen herabgelassen, so daß sie, auf dem Grunde des Grabes angelangt, Seite an Seite ruhen. Dann entfernt man die Bretter, welche das Paar trennten, und beide Särge werden zu einem einzigen. Auf die so vereinten Toten wird die Erde geschaukelt und über ihre fehrliche Hüfte stellt man einen Hauf, auf dem die Geschichte ihres Schicksals, vielleicht auch ein kleines Gedicht, eingemeißelt ist.

Die bellagierten Mädchen, die sich ihren Angehörigen kühn, wenn diese in die höchste Noth geraten, freiwillig einem Leben der Schmach verkaufen, finden in Japan nie (außer vielleicht in jenen offenen Häfen, wo europäische Väter und Bräutigam einstlich gewirkt haben) zu jener Tiefe der Entwürdigung wie ihre Leidensgenossinnen im Abendland. Ja, bei vielen findet man während der ganzen Dauer ihrer schmachvollen Hölle eine Verfeinerung des Benehmens, eine Zartheit der Umgangsart und eine natürliche Bescheidenheit, die unter solchen Verhältnissen ebenso unfaßbar wie rührend ist.

Gestern erst wurde diese stille Straße durch einen Fall aus ihrer Ruhe aufgedröhrt. Als die Dienersin eines Arztes in der Straße Kadamachi kurz nach Sonnenaufgang das Wohnzimmer betrat, fand sie darin den jugendlichen Sohn des Hauses auf dem Boden lag ausgestreckt, ein lebloses Mädchen in seinen Armen. Der Sohn war entsetzt worden, das Mädchen war eine Tochter (Freundenmädchen). Gestern abend wurden sie begraben, aber nicht zusammen, denn der Vater war nicht minder erzürnt als berührt, daß so etwas geschehen konnte.

Sie hieß Kane, war außerordentlich hübsch und sehr sanft. Sie hatte sich um ihrer Mutter und ihrer kleinen Schwester willen verkauft, denn nach dem Tode des Vaters waren sie in große Bedrängnis geraten. Sie häßte damals sechzehn Jahre. Nachdem sie kaum ein Jahr im Hause gewesen, begegnete sie dem jungen Mann. Es war eine lebenslange Liebe auf den ersten Blick, — nichts Verhängnisvoller hätte sie treffen können, denn jede Hoffnung auf ein Ehehindernis war von vornherein ausgeschlossen. Der junge Mensch, obgleich noch die Vorrechte eines Sohnes genießend, war zugunsten eines Adopsionssohnes von gelehrter Lebensführung erzogen worden. Das unglückliche Paar opferte seine ganze pärtliche Habe um den Preis, sich leben zu können — das Mädchen verkaufte sogar alle ihre Kleider. Dann trafen sie sich zum letzten Mal heimlich in später Nachtstunde im Hause des Arztes, lezten den Todestrank und legten sich zu ewiger Ruhe.

Ich sah die Begräbnisprozession des Mädchens bei dem blickenden, phosphoreszierenden Scheine der Papierlaternen zur Straße der Tempel hinwallen, gefolgt von einem langen Zuge von Frauen in weißen Kapuzen, weißen Gewändern, weißen

Gürteln — lautlos wie eine Gespensterschar. So wallen auf den Bildern buddhistischer Erdmutter von der Unterwelt die weißen Schönen, — der ewige Zug der Seelen — durch das Dunkel des Totenlandes. (Aus Lakadio Heatin: „Lotos“, Verlag Rütten u. Loening, Frankfurt am Main.)

## Erneuerung.

Die Sonne hing noch in der Luft,  
Im Abendlärm, im Abenddunst,  
Im Abendwind wie seltsam Hauch,  
Zerging der goldne Feuerrauch.

Da kamst du wie der späte Wind,  
In dem die vielen Wunder sind,  
Die in der blauen Nacht erstehn  
Und jeden Morgen neu vergehn.

Da hat dein Anhauch mich begrüßt,  
Das Leid verwischt, den Schmerz verjüßt,  
Der mich an manchem Tag zerfaß,  
Als ich in Dreck und Elend saß.

Ich war aus böser Noth erwacht,  
Ich stand bei dir in blauer Nacht,  
Mein Blut war wie der späte Wind,  
In dem die vielen Wunder sind.

Wag Barthele.

## Nebel.

Von Arta Juffer.

Neichte, schwere Nebel legen sich langsam und dicht über das Land. Kaum merklich sich bewegend — ein Riesengebeude — hülsen sie alles in ihr sanftes Grau, wie in eine unbegreifliche, dunkelwebe Schwermut.

Ruh und doch von ihren ewigen Lebensäften strotzend, recken sich die Bäume empor, mit ihren Spigen leichtes, flatternde Nebelstreifen fangend.

Stille ist. Eine wundervolle, geheimnisvoll klingende Stille. Kein Laut, kein Windhauch, und doch ist ein Klingeln und Leben in der Luft; in den finsternen Nebelhallen; das Klingen und Leben der ewigen Natur, die nie schläft.

Winterräume: geht leise, leise durch die Äsur, und wo sein grauweißer Mantel schleift, zerstreut buntschneelnde Blumen auf, und die schweben in ruhelosen Menschenseelen und werden glückliche Träume.

Es sprießen aber auch schwarze Blumen da, wo des Wintertraumes Mantel weht, große, schwarze, leuchtende Blumen auf und wenn die in die Menschenseelen kommen, glühen darin graulame Bilder des Wahnes auf, und Schmerz und Angst peinigen sie die lange, lange Nacht.

Es ist etwas Unheimlich-Schreckendes in den langen, feuchten Nebelnächten. Sie sind wie die Leiden selbst, die langsam heranzugewandten, hinführenden Leiden unserer Zeit. Die große Eigenheit, die Oberflächlichkeit und Gleichgültigkeit der Völer, ihr grenzenloser Unverstand, die einseitige Parteilichkeit und der Mangel an Selbstkritik. Das sind Leiden unserer Zeit, von ihr geboren, uns anhaftend wie Kleben. Wir sehen immer nur die Fehler der andern. Aber wir sollten unsere eigenen sehen und nicht nur sehen, sondern auch ändern, bessern, ablegen. Ach, ich weiß, viele lesen, wenige denken, wenige verstehen, lernen.

Wer erobern will, muß kämpfen, taplos kämpfen. Zum Kampfe gehören Waffen. Unser Gegner ist mächtig, ist uns überlegen. Wer wollte das leugnen? In unzerstörtem Welt gibt es Waffen zu schmelzen, Waffen des Geistes. Und wie sollen sie härter, schneidender — siegend werden, wenn wir nicht an uns selbst arbeiten, sondern immer nur die Fehler der andern sehen? Jähr Arbeit an uns selbst, Verleugung unserer schönen Idee, Wissen, nicht nebelhaftes Hintertreiben von unwirklichen Dingen.

Neichte, schwere Nebel liegen auf dem Lande. Vliegen wie finstere Geister der Gewalt und kommen höhnisch — drohend getrahen — gespenstliche Ungeheuer. Wachsen riesengroß in die Höhe, beherrschen das endlose Land. Und doch werden sie zerfallen, werden vergehen, liegen am Morgen wie große, milde Tränen auf der lebendigen Erde.

## Der Morgen.

Von Kurt Klüber.

Aus dem Grau der Nacht leuchtet die Fabrik, leuchtet mit tausend Kerzen in den fernstecken Himmel, eine aufflackernde Flamme, die alles erhellen will.

Ein Freischuß ist sie, in die Stadt hineingeflohen, und nun laßt sie auf ihr — ein feuerpeinendes Ungeheuer. . . .

Die Schattenarme der Nacht weichen zurück, zertrüben sich hinter den kleinen Häusern und in den Gassen; aber immer mehr leuchtet Flamme auf. Sie blinzeln durch die trübten Fenster-scheiben, ihre Strahlenregel stoßen in die Gassen und zerreißen den letzten Frieden der Nacht.

Welt öffnen die Tore ihre schwarzen Schlünde. Helle ist davor, darin ist das Dunkel und dahinter das ewig Graue. . . . Die ersten Menschen kommen. Müde, mit schwanfenden Schritten. Der kalte Morgenwind hat ein Rot über ihre Wangen gemalt, das Irr aus dem Dunkel des Lotes zurück, wie ein verirrtes Lämmlein, und wartet.

Dann kommen andere, aus ihren Augen leuchtet die Flamme des heimischen Herdes. Auf ihren zerkrümmten Stirnen und weissen Lippen liegt noch der letzte Ruh des Weibes oder das Streichen des Kindes.

Hart greift das Dunkel danach und verwischt es. Dann kommen die Rechten. In ihren Gesichtern liegt Asa und Angst; ihre Brust leuchtet von schnellem Lauf und aus dem Recken liegt das Schluchzen eines kranken Körpers.

Höhnisch grinst sie das Dunkel an: Ihr entrännt mir nicht. Ein Weifen geht. . . Ich will, hell, wie ein Weifen schlag. Tausende greifen nach ihrem Herz — warten nach ihrer Arbeit.

Anarrend schlüpfen sich die Lere. Dann aber wartet das heimliche Rot des Morgenwindes. Die Flamme des heimischen Herdes, der Ruh des Weibes und das Streichen des Kindes. Nur das Recken der Rechten hat das dunkle Rot mit hineingefallen.

## Hungersnot in alten Zeiten.

Von Albin Michel.

So groß die Noth in unserer Zeit ist, mit den Hungerperioden vergangener Zeiten kann die heutige Noth doch nicht verglichen werden. Höchstens die Hungersnot in einzelnen Teilen Russlands während der vergangenen Jahre kann mit den Hungerperioden früherer Jahrhunderte in Vergleich gestellt werden. Hungersnöte entstanden in früheren Jahrhunderten aus den verschiedensten Ursachen. Oftmals waren ein lang andauernder Winter und ein darauf folgender regnerlicher Sommer die Ursache einer Missernte. Die Felder konnten im Frühjahr erst sehr spät bestellt werden, und die Saat reifte dann infolge des kalten und nassen Sommers nicht aus. Aber auch übermäßige Hitze, schwerer Hagelschlag und das Austreten von riesigen Heuschreckenschwärmen haben oft Missernten und Hungersnöte herbeigeführt. Nicht selten hatten auch Kriege für manche Landstriche schwere Hungersnöte zur Folge. Verschärft wurden die Hungersnöte oft noch durch Viehseuchen und durch verheerende Krankheiten unter den Menschen. Der ausbrechende Hunger schwächte die Menschen, und so konnten auch Krankheiten aller Art Eingang finden. Viele Hungersnöte früherer Zeiten dauerten zwei, drei Jahre und noch länger. Oft krieg die Noth in einer so schrecklichen Weise an, daß die Menschen Gras, Wälder, Wurzeln, Stroh als Nahrungsmittel verwendeten und an Häuten und Leder faulen. Die Strohbedeckung wurde von den Häusern genommen und als Nahrungsmittel verwendet. Vieh wurde dann auch das Getreibe für die Ausaat verzehrt, so daß die Felder nicht bestellt werden konnten. In ganzen Scharen verließen die Landbewohner ihre Behausungen, zogen sich in die Wälder zurück und lebten von rohen Nahrungsmitteln, die der Wald hergab. Andere zogen als Bettler von Kloster zu Kloster, von einem Bezirk zum anderen. So wirkte eine Hungersnot manchmal noch lange fort, sie brachte das ganze wirtschaftliche Leben der Hungerbezirke zum Stillstand, und wenn dann wieder ein Jahr mit besseren Bitterungsverhältnissen kam, so konnten die verheerenden Folgen der Hungersnot noch lange nicht wieder aufgehoben werden.

Die Hungersnöte machten sich naturgemäß nicht nur auf dem Lande bemerkbar, auch in den Städten waren sie zu spüren. Zunächst fehlte es in solchen Zeiten an Arbeits- und Nahrungsmitteln. Selbst wenn den Stadtbewohnern ein Notgeld zur Verfügung stand, machte sich die Hungersnot geltend, weil entweder gar kein Korn auf dem Markt kam oder weil dieses Phantastpreise erreicht hatte, die von den meisten nicht bezahlt werden konnten. In den Städten richteten auch Seuchen unter den Menschen eine noch größere Verheerung an als auf dem Lande, weil hier Menschen viel dichter zusammengeedrängt wohnten und weil die mittelalterlichen Städte die Hygiene noch nicht kannten. Dann brachen oft Hungererotten aus; die armen ausgehungerten Stadtbewohner stürzten die Räderfabren, verprügelten und mißhandelten die Bäcker, die nicht genügend über so teures Brot verkaufen, legten verurteilt und nicht selten sofort in rohem Zustand verzehrt. Halb verhungerte Menschen drangen in die Wohnungen der reichen Leute ein, rissen die Töpfe und Schüsseln vom Herd weg und verzehrten den Inhalt, ganz gleich, ob die Schwarten noch halb roh oder kochend waren.

Über die Hungersnöte der mittelalterlichen Zeit wird in den alten Chroniken sehr viel berichtet, so daß eine richtige „Statistik“ über die mittelalterlichen Hungersnöte aufgestellt werden könnte. Diese vielfachen Abhandlungen und Vermerke über die Hungerperioden sind auch eine ganz naturgemäße Ergänzung; denn kein anderes Vorkommnis — große Seuchen ausgenommen, die aber sehr oft in Verbindung mit Hungersnöten auftraten — hatte für das soziale und wirtschaftliche Leben eine höhere Wichtigkeit als eine Hungersnot. In solchen Zeiten rissen alle Bande der gesellschaftlichen Ordnung, ungeheure Scharen von Menschen durchnagten die Gasse, und Städte wie Dörfer verloren oft einen großen Teil ihrer Bevölkerung. Durch diese umherstreifenden Menschenmassen wurden auch die Nachbarn über die Hungersnöte weiter getragen, und so lag es wohl für einen Chronisten früherer Jahrhunderte nahe, das Vorkommen von Hungersnöten und die Erscheinungen, die sich dabei zeigten, aufzuschreiben.

Die schwersten Hungerperioden in Europa fallen in das 12. Jahrhundert. In diesem Jahrhundert traten die Hungersnöte besonders schwer auf in den Jahren 1100 und 1101, von 1124 bis 1128, von 1145 bis 1147, von 1150 bis 1151 und von 1155 bis 1158. Am zunächst beim 12. Jahrhundert zu bleiben, so trat im Jahre 1100 die Hungersnot fast herüber am Mittelrhein, im Lothringen, in Süddeutschland und im binnensächsischen Norddeutschland; im nächsten Jahre war dann die Noth in Norddeutschland und in Lothringen zurückgegangen, sie bestand aber in den anderen Bezirken noch weiter und dauerte im Schwarzwalde bis zum Jahre 1102. Im Jahre 1118 hatten Belgien und die Bezirke am Niederrhein eine Hungersnot, und im Jahre 1120 war die Hungersnot wieder in Norddeutschland eingezogen. Dann folgte die Hungerperiode von 1124 bis 1128; sie lehte im ersten Jahre in Belgien, am Niederrhein und im binnensächsischen Norddeutschland ein und kletterte sich dann im nächsten Jahre nach am Mittelrhein und in Süddeutschland aus. Im Jahre 1126 blieb die Hungersnot nach bestehen in Belgien, am Niederrhein und im westlichen Teil Süddeutschlands, sie drang aber auch weiter bis nach Böhmen vor. Die Hungerperiode von 1145 bis 1147 lehte im ersten Jahre ein am Mittelrhein, in Lothringen, im östlichen Frankreich, in Süddeutschland, im binnensächsischen Norddeutschland und in Oesterreich, im Jahre 1146 kamen dann nach Belgien und der Niederrhein hinzu. Diese Landstriche sowie der Mittelrhein und das binnensächsischen Norddeutschland waren es auch, wo die Hungersnot noch im Jahre 1147 auftrat. Im Jahre 1151 finden wir Hungersnöte in Lothringen, Ostfrankreich, im Westen Süddeutschlands und in Oesterreich; im Jahre 1151 verplante sich die Hungersnot weiter auf Belgien und den Niederrhein, auf die Gegend des Mittelrheins und auf Norddeutschland.

Die Hungerperiode 1195 bis 1198 begann im ersten Jahre im Elbth und in Oesterreich, im nächsten Jahre war sie aber viel weiter verbreitet. Sie trat herüber in Belgien, am Mittel- und Niederrhein, im ganzen Süddeutschland und in Oesterreich. Im Jahre 1197 kamen dann nach Lothringen, Ostfrankreich und Norddeutschland hinzu. Im Jahre 1198 lehte dann die Hungersnot hauptsächlich auf den Mittelrhein beschränkt geblieben zu sein. Wieviel Hunderttausende, ja Millionen Menschen von diesen Hungersnöten dahingerafft worden sind, das hat sich niemals auch nur annähernd feststellen lassen. Bei unseren heutigen Verhältnisseverhältnissen und unter ganz anders gearteten wirtschaftlichen Zuständen brauchen auch Hungersnöte, wie wir sie schon seit Jahren in Mittelamerika haben, nicht mehr vorzukommen. Eine bessere wirtschaftliche Ordnung würde wohl keine Hungersnot mehr, wie jene Hungersnöte der vergangenen Zeiten im allgemeinen für Europa als überwandbar gelten können, auch das Elend unserer Zeit zum größten Teil beseitigt werden.

